EVALUATION

Projekt Landeszentrum Jugend + Kommune

Evaluationsbericht

Das Landeszentrum Jugend + Kommune arbeitet seit drei Jahren mit verschiedenen Akteur*innen in den Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt zusammen, um sie bei der Planung, Umsetzung und Reflexion ihrer Aktivitäten zur Kinder- und Jugendbeteiligung zu unterstützen.
Die Evaluierung dieser Arbeit besteht aus der Aufschlüsselung konzeptioneller und theoretischer Grundlagen sowie die im Rahmen einer empirischen Forschung durchgeführten qualitativen Interviews mit Vertreter*innen von Pilotkommunen.

In diesem Bericht werden die Methoden und Ergebnisse der Evaluierung vorgestellt und Empfehlungen für die zukünftige Arbeit gegeben.

Das Landeszentrum Jugend + Kommune hat die Aufgabe, Kommunen im Land Sachsen-Anhalt Fach- und Methodenwissen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung zu stellen und Kommunen bei der Implementierung von Beteiligungsstrukturen zu unterstützen und zu beraten.

Autorin:
Sophie Herrmann

Im Auftrag von:

Landeszentrum
JUGEND + KOMMUNE

© 2020 Landeszentrum Jugend + Kommune
www.jugend-kommune.de

Ein Projekt des KinderStärken e.V. / Herausgeber

KinderStärken e.V.

Institut an der Hochschule Magdeburg-Stendal
Osterburger Str. 25
39576 Hansestadt Stendal

Hochschule Magdeburg • Stendal

SACHSEN-ANHALT
Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

#moderndenken

Inhalt

1 Einleitung ... 1
2 Landeszentrum Jugend + Kommune ... 1
2.1 Entstehung ... 1
2.2 Arbeitsweise des Landeszentrums Jugend + Kommune ... 2
3 Rechtliche Grundlagen ... 3
4 Kinder und Jugendliche in Kommunen beteiligen ... 5
4.1 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen allgemein ... 5
4.2 Beteiligung in Kommunen ... 6
4.2.1 Die sieben Grundformen der Beteiligung nach Waldemar Stange ... 7
5 Zwischenfazit ... 8
6 Evaluationsprozess ... 9
6.1 Fragestellung ... 9
6.2 Methodik ... 9
6.3 Prozess der Datenerhebung ... 10
6.4 Die Pilotkommunen ... 10
6.5 Prozess der Datenanalyse ... 12
7 Evaluationsergebnisse ... 13
7.1 Interaktion Kinder/Jugendliche und Erwachsene ... 13
7.2 Serviceangebote des Landeszentrums ... 14
7.2.1 Unterstützungs- und Beratungsangebote ... 14
7.2.2 Informationsangebote ... 15
7.3 Strukturelle Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen ... 17
7.4 Nachhaltigkeit ... 17
7.5 Lobbyarbeit ... 18
8 Fazit und Empfehlungen ... 18
Literaturverzeichnis
Anhang

1. Einleitung

Kinder und Jugendliche zu beteiligen und sie als Bürger*innen mit Rechten anzuerkennen, ist sowohl politisch als auch gesellschaftlich ein angestrebtes Ziel; junge Menschen sollen wahrnehmen, dass ihre Meinung zählt und sie mitwirken können. Doch häufig haben Kinder und Jugendlichen keine Plattform für ihre Anliegen, werden nicht ernst genommen oder wissen nicht, dass auch sie gehört werden sollen. Die Kommunen, in denen Kinder und Jugendliche leben, beeinflussen ihren Alltag maßgeblich – umso wichtiger ist es, dass auch sie gefragt werden, wenn Entscheidungen getroffen werden.

Um den Kommunen Unterstützung bei dieser Herausforderung zu geben, steht das Landeszentrum Jugend + Kommune Gemeinden in Sachsen-Anhalt bei der Umsetzung ihrer Partizipationsvorhaben beratend zur Seite. Das Landeszentrum arbeitet bereits seit drei Jahren mit verschiedenen Akteur*innen aus landesweiten Kommunen zusammen; der vorliegende Bericht soll nun die geleistete Arbeit evaluieren.

Dafür werden folgend einige konzeptionelle und theoretische Grundlagen zur Einordnung der Arbeit des Landeszentrums aufgeschlüsselt. Hierbei werden verschiedene Ansätze erläutert und Blickwinkel eingenommen, um Beteiligungsprozesse möglichst differenziert zu betrachten. Evaluationsergebnisse werden im Rahmen einer empirischen Forschung von qualitativen Interviews mit Vertreter*innen der Pilotkommunen erreicht. Diese zielen auf die Wirkungsweise des Landeszentrums ab und lassen eine Aus- und Bewertung der Tätigkeiten des Landeszentrums zu.

2. Landeszentrum Jugend + Kommune

2.1. Entstehung

Im Jahr 2017 schrieb das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt den Ideenwettbewerb „JAM – Jugend“ aus. Ziel des Ideenwettbewerbs war die Förderung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen des Bundeslandes in Form eines Kompetenzzentrums. Hierfür forderte das Ministerium die Berücksichtigung verschiedener Handlungsfelder. Zunächst sollten Verantwortliche für die Beteiligung junger Menschen sensibilisiert werden. Weiterhin sollte das spätere Kompetenzzentrum Kindern und Jugendlichen in Bezug auf ihre Beteiligungsmöglichkeiten beratend, unterstützend und informierend zur Seite stehen. (Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt)

Auch eine Förderung und Unterstützung auf kommunaler Ebene für Beteiligungsvorhaben, die junge Menschen einschließt, forderte das Ministerium im Rahmen des Ideenwettbewerbs von den möglichen Trägern. Langfristig sollte durch das JAM-Projekt eine Entwicklung von Strategien vorangebracht werden, die Strukturen der Kinder- und Jugendbeteiligung implementieren. Weiterhin sollte das Kompetenzzentrum Partizipation durch Öffentlichkeitsarbeit fördern. (Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt)

Der KinderStärken e.V. entwickelte unter Berücksichtigung projektbezogener Kriterien eine Konzeption, welche durch ein Interessenbekundungsverfahren erstellt wurde. Der Projektentwurf wurde schließlich vorgestellt und gewann den Ideenwettbewerb. Die Umsetzung des neu entwickelten Landeszentrums Jugend + Kommune wurde dadurch möglich. KinderStärken e.V. leistet gemeinnützige Arbeit im Sinne kindheitswissenschaftlicher Projekte und wirkt in diversen Arbeitsfeldern, um Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen. (KinderStärken e.V., 2020)

2.2. Arbeitsweise des Landeszentrums Jugend + Kommune

Das Landeszentrum Jugend + Kommune dient als Beratungs-, Unterstützungs- und Begleitungsinstitution für Kommunen in Sachsen-Anhalt, die Vorhaben zur Partizipation junger Menschen planen oder bereits durchführen. Zentral ist dabei, dass zur Umsetzung individuelle Ansätze erarbeitet werden, die durch die verschiedenen Leistungen des Landeszentrums ermöglicht werden. (KinderStärken e.V., 2020)

Beratung

Leistungen zur Förderung der Partizipation können über Beratungsangebote verwirklicht werden; dies kann in Form von Informations- oder Orientierungshilfen geschehen, die zum Beispiel einen rechtlichen oder methodischen Hintergrund haben. Außerdem zielen die Leistungen auf die Konzept- und Strukturentwicklung ab. Hier kann eine Unterstützung bei der Schaffung von Beteiligungsstrukturen stattfinden. Außerdem fördert das Landeszentrum die Vernetzung, Qualitätsentwicklung sowie wissenschaftliche Analysen in Bezug auf Beteiligungsprozesse und die Weiterentwicklung der kommunalen Jugendpolitik. (KinderStärken e.V., 2020)

Qualifizierungsreihe Beteiligung + Moderation

Weiterhin bietet das Landeszentrum Jugend + Kommune die Qualifizierungsreihe Beteiligung + Moderation für Akteure im kommunalen Raum an. Die Moderator*innen sind als Ansprechpartner*innen vor Ort und können Prozesse durchführen oder begleiten, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Beteiligung + Moderation dient zur Stärkung von Kompetenzen im Bereich der Informationsgewinnung, Moderation, Reflektion und Methodenanwendung für Akteur*innen in der Kommune. Weiterhin bietet das Landeszentrum allgemein Inhouse-Fortbildungen zur kommunalen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an. Eine besondere Aufgabe ist die Begleitung der Pilotkommunen, die konkrete Partizipationsprojekte umsetzen. Aller zwei Jahre werden fünf Kommunen dabei zusätzlich durch das Land Sachsen-Anhalt finanziell unterstützt. Vorrangig soll die Kommunikation in diversen Wandlungsprozessen mit Kindern und Jugendlichen erleichtert werden. Die Qualifizierungsreihe besteht aus drei Modulen. (KinderStärken e.V., 2020)

Qualifizierungsmodul Beteiligung + Scout

Das Qualifizierungsmodul Beteiligung + Scout richtet sich an Kinder und Jugendliche, die sich auf kommunaler Ebene engagieren möchten, indem ein Kompetenz- und Methodenerwerb gefördert wird. Die ausgebildeten Scouts können in den Kommunen Beteiligungsprozesse auf Seiten der Kinder und Jugendlichen unterstützen und als Tandem mit den Beteiligungsmoderator*innen wirken. (KinderStärken e.V., 2020)

JuFo-Camp

Ein weiteres Angebot für Jugendliche ist das JuFo-Camp (Jugend-Forum-Camp). Dieses soll für Jugendliche zum Austausch über politisches Engagement und Beteiligung dienen und bietet verschiedene Projekte und Workshops an. Diese orientieren sich an den Bedarfen von jungen Menschen. Das Camp ist für die Teilnehmenden kostenlos und mit Übernachtungen verbunden. (KinderStärken e.V., 2020)

Mitarbeitende

Aktuell wird das Landeszentrum durch drei Projektmitarbeiter*innen geführt, darunter eine Projektleitung. Eine Begleitung findet durch einen Beirat statt, der aus verschiedenen Partner*innen aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern besteht. Mehrmals im Jahr werden dadurch verschiedenen Perspektiven in den Wirkungskreisen im Rahmen eines Austausches eingebracht. Weiterhin wird das Landeszentrum durch ein Konsortium, bestehend aus Fachkräften aus Sachsen-Anhalt, fachlich unterstützt. Durch das

Einbringen gesammelter Erfahrungswerte im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung ermöglichen sie eine Orientierung der Bedarfe auf kommunaler Ebene. (KinderStärken e.V., 2020)

3. Rechtliche Grundlagen

Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung zu gewährleisten, ist rechtlich begründet. Folgend sollen die bedeutendsten rechtlichen Grundlagen der Kinder- und Jugendbeteiligung erläutert werden. Hierbei wird neben einem nationalen beziehungsweise internationalen Bezug, auch auf bundeslandspezifische Gesetze eingegangen, in diesem Fall ist das Land Sachsen-Anhalt zentral.

Zunächst soll die rechtliche Fundierung der Beteiligungsrechte durch das Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen oder kurz *UN-Kinderrechtskonvention*, erklärt werden. Die Kinderrechtskonvention wurde 1989 durch die Vereinten Nationen beschlossen und umfasst 54 Artikel, die die Rechte aller unter 18-Jährigen sichern soll. Bisher haben alle Staaten der Welt unterzeichnet, nur die Vereinten Staaten von Amerika haben die Konvention nicht ratifiziert. 1992 wurde die Konvention unter Vorbehalten von Deutschland unterzeichnet. Erst im Jahr 2010 wurde die UN-Kinderrechtskonvention vorbehaltlos ratifiziert. Deutschland verpflichtet sich dadurch, alle Maßnahmen zur Einhaltung der Kinderrechte zu treffen. (Deutsches Kinderhilfswerk, 2020)

In den Kindheitswissenschaften ist die UN-Kinderrechtskonvention ein obligatorischer Bestandteil, weil sie viele Grundgedanken manifestiert. Dies zeigt sich auch in den vier Prinzipien, denen die UN-Kinderrechtskonvention folgt. Hier lässt sich die Bedeutung der Beteiligungsrechte erkennen: Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung, Vorrangigkeit des Kindeswohls, Sicherung von Entwicklungschancen und schließlich die Berücksichtigung des Kinderwillens. Letzteres soll den Kindern weiterhin ein Recht auf freie Meinungsäußerung sichern und wird durch drei Artikel vertreten: Artikel 12 vertritt die Berücksichtigung des Kindeswillens, Artikel 13 steht für die Meinungs- und Informationsfreiheit und Artikel 17 ermöglicht den Zugang zu Medien. (Deutsches Kinderhilfswerk, 2020)

Themenbezogen zeigt der Artikel 12 die größte Relevanz. Hier heißt es in Absatz 1: „Die Vertragsstaaten sicher dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“ (Vereinte Nationen, 1990, S. 15) Der zweite Absatz sichert zudem, dass die Kinder eine Möglichkeit erhalten, ihre Meinung selbst oder durch eine Vertretung zu äußern. (Vereinte Nationen, 1990, S. 15)

Selbstverständlich sind Kinder auch Menschenrechts- und Grundgesetzesträger*innen, wodurch ihre Rechte auch gesichert werden sollten. Dennoch fordern seit 2007 sämtliche kindheitsbezogenen Institutionen und Organisationen, dass die Kinderrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden. Grund dafür ist, dass vor allem das Grundgesetz zwar Rechte für Kinder beinhaltet, sie aber nicht als selbstständige Menschen einbezieht. Zudem können Kinder ihre Rechte im Gegensatz zu anderen Rechtsträger*innen nicht immer selbst einfordern, weshalb dies auch auf grundgesetzlicher Ebene abgesichert sein soll. Gefordert wird ein Artikel 2 (a), der die Kinderrechte darstellt; hier wird die Bedeutung der Beteiligungsrechte erneut sicherbar, denn die Berücksichtigung des Kindeswillens nach Alter und Entwicklung wird explizit erwähnt. (Deutsches Kinderhilfswerk, 2020)

Auch das *Kinder- und Jugendhilfegesetz*, das im achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) verankert ist, geht auf Beteiligungsrechte ein. Das SGB VIII gilt ebenfalls auf Bundesebene und greift das Recht auf Partizipation aus der UN-Kinderrechtskonvention auf.

(Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018) Hier heißt es in § 8, Absatz 1 zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen." (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend , 2014)

Auf nationaler Ebene kann ebenfalls das *Baugesetzbuch* genannt werden, wenn es um die Erwähnung der Partizipation Minderjähriger geht. Im § 3, der sich mit der Beteiligung der Öffentlichkeit befasst, wird im ersten Absatz folgendes festgeschrieben: „Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, [….], und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Auch Kinder und Jugendliche sind Teil der Öffentlichkeit im Sinne des Satzes". (Bundesministerium der Justiz und den Verbraucherschutz, Bundesamt für Justiz, 1960, S. 13) Dieser Artikel bezieht Kinder und Jugendliche explizit als Mitglieder der Öffentlichkeit ein, hier vor allem in Bezug auf Stadtplanung, was die direkte Lebenswelt beeinflusst. (Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018, S. 5)

Weiterhin kann das *Kommunalverfassungsgesetz* (KVG LSA) als zentrale rechtliche Grundlage benannt werden. Diese bezieht sich auf Sachsen-Anhalt und spricht Kommunen an, Kinder und Jugendliche zu beteiligen. Bisher wurden Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene nicht explizit erwähnt, sondern im § 25 unter dem Begriff „Einwohner*innen" gefasst. Seit Juni 2018 gibt es eine gesetzliche Änderung im KVG LSA, die durch den § 80 deutlich wird. Dieser beschäftigt sich mit der Beteiligung gesellschaftlichen Gruppen (Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018, S. 6-7): „Die Kommunen sollen Kinder und Jugendliche, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Zuwanderer und andere gesellschaftlich bedeutsame Gruppen bei Planungen und Vorhaben, die deren spezifische Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Hierzu können geeignete Verfahren entwickelt, Beiräte gebildet oder Beauftragte bestellt werden. Das Nähere, insbesondere zur Bildung, zu den Aufgaben und zu den Mitgliedern der Beiräte, wird durch kommunale Satzung bestimmt." (Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt, 2018) Diese Gesetzesänderung ist besonders wichtig, weil Kinder und Jugendliche erst ab 16 Jahren an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Sie können selbst keine politischen Vertreter*innen wählen, doch durch das Gesetz soll die Beteiligung gesichert werden. (Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018, S. 7-10)

Außerdem können der § 25 und § 28 des KVGs zur kommunalen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen beitragen. Der § 25 regelt Bestimmungen für Einwohner*innenanträge, die seit der Änderung 2018 nun schon mit der Vollendung des 14. Lebensjahres eingereicht werden können. Zuvor war dies erst ab 16 Jahren möglich. Der § 28 beschreibt die Beteiligung aller Einwohner*innen der jeweiligen Kommune, was ebenfalls Kinder und Jugendliche einschließt. (Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018, S. 6-7)

Vor allem in Bezug auf den § 80 KVG LSA ist zu kritisieren, dass nicht festgelegt wird, in welchem Umfang Kinder und Jugendliche beteiligt werden müssen. Hier gibt es einen massiven Unterschied zwischen dem Anhören und der ernsthaften Berücksichtigung der Meinung des jungen Menschen. Zur Umsetzung ist es vorrangig wichtig, Strukturen zu schaffen und zu unterstützen, die eine Plattform zum Austausch mit Kindern und Jugendlichen bieten. Bei der Entwicklung möglicher Verfahren ist es notwendig mit den jungen Menschen zusammenzuarbeiten. Diese könnten zum Beispiel in entscheidenden kommunalen Gremien und Beiräten partizipieren. Wichtig ist, dass die anwesenden Erwachsenen mit der Thematik vertraut sind und die Beteiligung fördern wollen. Auf diesem Weg können die Belange junger Menschen in der Kommunalpolitik Beachtung finden. (Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018, S. 7-10)

4. Kinder und Jugendliche in Kommunen beteiligen

Das entscheidende Ziel der Arbeit des Landeszentrums ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Kommunen zu fördern. Im Folgenden soll Partizipation, mit Schwerpunkt auf kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung, in verschiedenen Kontexten betrachtet werden.

4.1. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen allgemein

Der Begriff „Partizipation" leitet sich aus dem lateinischen *pars* (Teil) und *capere* (nehmen) ab, was übersetzt so viel wie „Teilnahme" bedeutet. Der Begriff zeigt allerdings nicht, woran man beteiligt werden soll und lässt auch sonst viele Unklarheiten zu. (Gürlevik, 2016, S. 28) Wenn im Duden als allgemein anerkanntes Nachschlagewerk nach Synonymen für Partizipation gesucht wird, werden beispielsweise Worte wie „Teilhaben" oder „Beteiligt sein" genannt. (Bibliographisches Institut GmbH, 2020) In diesem Sinne soll der Begriff auch in Bezug auf diese Ausarbeitung verwendet werden; Beteiligung (Kinder- und Jugendbeteiligung) wird mit Partizipation gleichgesetzt. (Gürlevik, 2016, S. 28-29)

Kinder und Jugendliche an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen ist für ein demokratisches Zusammenleben von großer Bedeutung. Aus welchen Gründen dies allerdings nicht selbstverständlich geschieht, muss hinterfragt werden.

Gesellschaftliche Wandlungsprozesse als Einflussfaktor

Die Individualisierung sowie die „Enttraditionalisierung der Gesellschaft" (Stange W. T., 1999, S. 223) führte dazu, dass individuellere Lebenswege gegangen werden können; die Sicherheit, die traditionell für die meisten vorhanden war, brach dadurch allerdings weg, beispielsweise durch die Herauslösung aus den Herkunftsfamilien. (Stange W. T., 1999, S. 214-241) Die Folgen gesellschaftlicher Wandlungsprozesse und veränderter Sozialisationsprozesse können eine Distanz zwischen Jugendlichen und dem politisch- gesellschaftlichem Leben erklären. Dies führte zu pessimistische Aussichten im Hinblick auf die Zukunft, diese lassen Jugendliche eine immer größer werdende Skepsis zu großen Institutionen und Organisationen entwickeln. Das führt zu allgemein weniger Beteiligung, ausgelöst durch wenig Erfahrungen im demokratischen Leben. (Stange W. T., 1999, S. 214-241)

Politische Interessen junger Menschen

Heute würden sich 41 % der Jugendlichen als politisch interessiert oder sogar stark interessiert bezeichnen. Hierbei lässt sich vor allem ein Gefälle zwischen den Schulformen der befragten Jugendlichen erkennen: Abiturient*innen sind tendenziell interessierter als Hauptschüler*innen. (Shell, 2019, S. 14, 19-20)

Die Themen Umweltschutz, Klimakrise und die Bewegung „Fridays for Future" beschäftigen die Jugendlichen heutzutage besonders; hier sind junge Frauen politisch engagierter als junge Männer, obwohl dies sonst eher gegenteilig auftritt. Insgesamt ist das politische Engagement der Jugendlichen im Vergleich zu den Vorjahren rückläufig: demnach sind es heute ca. 33-40 %. Auch hier besteht eine Abhängigkeit zu den Herkunftsmilieus der Jugendlichen. (Shell, 2019, S. 14-15)

Sozialen Medien werden von den Jugendlichen als primäre Informationsquelle benannt, wenn es um politisch-gesellschaftliche Themen geht; weiterhin hat sich der pessimistische Blick der Jugendlichen positiv gewandelt: mehr als die Hälfte der jungen Menschen blicken trotz einige Ängste eher positiv in die Zukunft, wobei sich ein Aufschwung in allen Herkunftsmilieus verzeichnen lässt. (Shell, 2019, S. 14,20)

Forderung nach gesellschaftlicher Teilhabe

Es stellt sich also die Frage, aus welchen Gründen Kinder und Jugendliche in öffentlichen Einrichtungen nicht selbstverständlich die Möglichkeit haben, in sie berührenden Angelegenheiten zu partizipieren. Wie sollen Kinder und Jugendliche nach dem 18. Lebensjahr beispielsweise an den Wahlen teilnehmen (wollen), wenn sie zuvor nicht bei der Planung ihrer eigenen Lebenswelt miteinbezogen wurden? Bei dem Bau von Spielplätzen, dem Anlegen von Fußgängerzonen oder anderen Elementen der Stadt- und Straßenplanung werden sie nur selten beteiligt, obwohl das räumliche Umfeld der Minderjährigen dadurch massiv beeinflusst wird. (Stange W. T., 1999, S. 214-244)

Gefordert werden kann daher, dass eine politische Grundbildung für Kinder und Jugendliche schon sehr früh beginnt, um Demokratie nachhaltig präsent in ihrer politischen Sozialisation zu verankern. Hierfür müsse es ein Konzept geben, dass Kinder und Jugendliche als selbstständige Persönlichkeiten anerkennt und darauf abzielt, dass sie ihre eigenen Interessen und Ziele vertreten. Es ist also eine „Strukturelle Aktivierung" statt einer „Strukturellen Passivierung" nötig. (Stange W. T., 1999, S. 214-244)

4.2. Beteiligung in Kommunen

Kinder und Jugendliche an der Gestaltung ihrer Lebensräume zu beteiligen ist mit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention 1992 eine wichtige Herausforderung moderner Kommunalpolitik in Deutschland geworden. Auf Grund der Vielzahl an Partizipationsmöglichkeiten werden kommunalen Beteiligungsprozessen eine besondere Bedeutung beigemessen (vgl. General Comment Nr. 12, 27f.). Sie eröffnen die Chance, sozialräumliche (lebensweltorientierte) Beteiligungsansätze und politische Partizipation miteinander zu verbinden.

Kommunen haben nach dem Artikel 28 des Grundgesetzes das Recht auf die sogenannte kommunale Selbstverwaltung. Viele der Aufgaben, die auf kommunaler Ebene ausgeführt werden, betreffen den Lebensalltag der Kinder und Jugendlichen in der Region: vor allem kulturelle und betreuende Institutionen werden in der Kommune geschaffen, sodass in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung vielseitige Partizipationsansätze verknüpft werden können. (Bartscher, 1998, S. 14-17)

In besonderer Weise beeinflusst Familien und ebenso Kinder und Jugendliche die Ausgestaltung ihres Wohnumfeldes. Kindheit und Jugend existieren nicht in der ganzen Kommune oder im Umfeld des Wohnsitzes, sondern an bestimmen Orten, beispielsweise Kitas, Schulen oder sämtliche Einrichtungen der Freizeitgestaltung und Kinder- und Jugendhilfe (Bartscher, 1998); es kann also eine „Verinselung der Kindheit" festgestellt werden. (Bartscher, 1998, S. 15)

Von Bereichen, denen vorrangig Erwachsenen zugeschrieben werden, sind junge Menschen in der Regel weitgehend ausgeschlossen. Wenn Maßnahmen getroffen werden, die von den Adressat*innen nicht getragen werden, verfehlen diese ihre Wirkung. Deshalb sollten Chancen zur Beteiligung, vor allem in Bezug auf Kinder und Jugendliche, genutzt werden. (Bartscher, 1998)

Anlässe für Partizipation

Kinder und Jugendliche können aus unterschiedlichen Gründen in Beteiligungsprozesse eingebunden sein; ein möglicher Anlass zur Partizipation in der Kommune wäre, dass ein bestimmtes Vorhaben mit einer bestimmten Zielgruppe geplant wird und nun nach passenden Strategien und Methoden zu Umsetzung gesucht wird. (Stange W. , 2008, S. 18) Beispielsweise könnte die Kommune materielle Voraussetzungen schaffen, um ein Freizeitangebot zu schaffen, dass von den Kindern und Jugendlichen aus dem Wohngebiet genutzt werden kann und diese bei der Planung beteiligt.

Weiterhin könnte ein Beteiligungsprozess entstehen, wenn eine Einrichtung für einen bestimmten Themenbereich steht und mit einer möglichen Zielgruppe, diese zum Beispiel in einer Kommune umsetzen möchte. (Stange W. , 2008, S. 18) Hier könnte ein Träger der Kinder- und Jugendhilfe eine themenspezifische Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche in einer Kommune planen; die Zielgruppe kann bei der Umsetzung partizipieren.

Es ist natürlich auch möglich, dass eine Gruppe von jungen Menschen Interesse an einem bestimmten Themenbereich hat und daran beteiligt werden will. Maßnahmen zur Umsetzung können dann kooperativ geplant werden. (Stange W. , 2008, S. 18) Aktuell ist dieser Anlass der Partizipation bei der Bewegung „Fridays For Future" zu beobachten, die sich für eine zukunftsorientiertere Umweltpolitik und für den Kampf gegen den Klimawandel einsetzt. Obwohl es sich hierbei um ein globales Thema handelt, finden sich auch in Kommunen Gruppen von Kindern und Jugendlichen zusammen, die sich engagieren.

Auch Erwachsene können die Initiative ergreifen, Kinder und Jugendliche an bestimmten Themen zu beteiligen und dauerhafte Beteiligungsstrukturen zu schaffen. Ein Beispiel hierfür könnte die Entwicklung einer Kinderinteressenvertretung sein, die das Sprachrohr der Kinder und Jugendlichen in einer Kommune in Bezug auf politische Belange sein kann. Dadurch würde eine die Kinder ernst nehmende und dauerhafte Instanz geschaffen werden (Stange W. , 2008, S. 18).

4.2.1. Die sieben Grundformen der Beteiligung nach Waldemar Stange

Beteiligung kann unterschiedlich ermöglicht werden. Eine Einordnung einzelner Verfahren in sieben verschiedene Grundformen ist möglich und lässt sich besonders gut auf kommunaler Ebene wiederfinden; sie sollen zeigen, wie sich die theoretischen Konzepte umsetzen ließen. (Stange W. , 2008, S. 26)

Eine erste mögliche Form der Beteiligung ist *stellvertretende Wahrnehmung von Kinderinteressen durch Erwachsene*. Zentral ist hier das anwaltschaftliche Eintreten für Kinder und Jugendliche, beispielsweise durch die Wahrnehmung von Interessen oder eine Politik, die sich für diese einsetzt. Auch eine Verfahrensbegleitung für Minderjährige kann dazu gehören, ebenso wie Kinderbüros oder Kinderbeauftragte auf kommunaler Ebene durch freie oder öffentliche Träger. (Stange W. , 2008, S. 27-29)

Die zweite Grundform ist die *Beteiligung an Institutionen an der Erwachsenenwelt*. Die Form findet gemeinsam mit Kindern statt. Hier versteht Stange die Teilnahme als Beteiligung, beispielweise in Gremien, Ausschüssen oder Kommissionen, die sonst nur durch Erwachsene vertreten werden. Diese sollten rechtlich, institutionell und strukturell verankert werden, um eine Partizipation ermöglichen. Auch Initiativ- und Informationsrechte in Gemeindeverordnungen zählen zu dieser Grundform, zum Beispiel kommunale Bürger*innenbeteiligung. (Stange W. , 2008, S. 29-30)

Zum Einstieg in die Kinder- und Jugendbeteiligung oder als Vorform des eigentlichen Partizipationsprozesses, kann eine *Punktuelle Partizipation* erfolgen. Diese findet gemeinsam mit Kindern als handelnde Akteure statt. Häufig wird die punktuelle Partizipation als Vorform des eigentlichen Beteiligungsprozesses genutzt: dies kann durch einfache Informationsbroschüren über Beteiligung in der Kommune erfolgen oder durch medienorientierte und symbolische Einzelhandlungen. Bekannt ist die punktuelle Partizipation auch als Methode zur Erfassung oder Lösung eines möglichen Problems. In unterschiedlichen Institutionen oder auf kommunaler Ebene kann dies beispielsweise durch sogenannte Wunsch- oder Meckerkästen oder Sprachstunden im lokalen Rathaus umgesetzt werden. (Stange W. , 2008, S. 30-31)

Um direkte Dialoge und eine Übertragung von Verantwortung im Alltag von Kindern als eigenständige Akteure zu ermöglichen, sind *Aushandlungen und Alltagspartizipation* bedeutsam. Dabei handelt es sich um einen informellen Austausch, der stets Bestandteil des Alltags für die Kinder sein sollte, wobei selbstverständlich auch ein politscher oder institutioneller Rahmen Hintergrund der Partizipation sein kann. Zentral ist insgesamt jedoch das Einbeziehen und Zulassen kindlicher oder jugendlicher Perspektive in verschiedenen Bereichen; diese können sich auch auf *alle* Aushandlungsprozesse im Alltag sowie pädagogische oder familiäre Situationen auswirken. (Stange W. , 2008, S. 31-33)

Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung kann auch als *parlamentarische und repräsentative Form* auftreten. Gemeint sind hier alle Partizipationsprozesse, in denen eine Gruppe Kinder oder Jugendlicher die Meinung aller anderen jungen Menschen des jeweiligen Settings vertritt – diese sind also selbst aktiv an der Umsetzung der Beteiligung. Häufig tritt diese Form als Parlament (zum Beispiel durch Schüler*innen) auf und arbeitet zu Themen, die sich aus der aktuellen Lage ergeben. Meistens existieren diese Parlamente auch in Kooperationen mit involvierten Erwachsenen. (Stange W. , 2008, S. 34-35)

In kommunalen Beteiligungsprozessen können auch *offenen Versammlungsformen*, unterschiedlich gestaltet sein. Bei dieser offenen Partizipationsmöglichkeit können Kinder und Jugendliche ihre Anliegen besprechen und bei beteiligten Erwachsenen gegebenenfalls Anträge zu entsprechenden Verfahren stellen. Diese Form lässt zwar eine Berücksichtigung individueller Interessen zu, kann eine gerechte Verteilung partizipationsrelevanter Ressourcen (zum Beispiel Redezeit) nicht garantieren. In den offenen Versammlungsformen ist es sowohl für Jugendliche als auch für jüngere Kinder möglich, eigenständig zu partizipieren. (Stange W. , 2008, S. 35-36)

Besonders zentral können auf kommunaler Ebene auch die *projektorientierten Verfahren* sein. Diese zeichnen sich durch ihre zeitliche und thematische Rahmung aus und geben einen ergebnisorientieren Ablauf vor. Um ein Projekt durchzuführen, ist es zunächst nötig, eine geeignete Zielgruppe sowie eine passende Projektmethode zu finden. Die Leitung des Projekts ist entscheidend für den Projekterfolg und eine direkte Partizipation der Kinder und Jugendlichen. Die gewonnenen Ergebnisse des Projektes können zur Umsetzung und Realisierung kommunaler Vorhaben genutzt werden, die nun schon orientiert an den Interessen der Kinder und Jugendlichen konzipiert wurde. (Stange W. , 2008, S. 36-37)

Die Grundformen für Partizipationsprozesse veranschaulichen, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, Kinder- und Jugendbeteiligung in der Kommune umzusetzen, der Einfluss Erwachsener in der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Situation häufig aber noch obligatorisch ist. Die genaue Umsetzung ist jedoch immer von den materiellen und fachlichen verfügbaren Ressourcen abhängig und kann auch den Partizipationsprozess maßgeblich bestimmen. Förderlich für eine Entwicklung zu höheren Partizipationsgraden wären Institutionen, die alle politischen, gesellschaftlichen und vor allem kindheitsbezogenen Einrichtungen strukturell bei der Umsetzung der Beteiligung unterstützen.

5. Zwischenfazit

+ Die theoretischen Vorüberlegungen zeigen, dass kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden kann und unterschiedliche Zugänge ermöglicht.
+ Jungen Menschen können und wollen sich an kommunale und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligen, wobei dies auch rechtlich bindend umgesetzt werden muss.

+ Sie müssen als aktive Mitglieder der Gesellschaft betrachtet werden, denn auch sie sind von Veränderungen und Gegebenheiten in ihrer Kommune betroffen. Um dies zu ermöglichen, müssen Chancen zur Beteiligung geschaffen werden. Für eine funktionierende Demokratie ist die Umsetzung dieser auf verschiedenen politischen Ebenen besonders wichtig.

6. Evaluationsprozess

6.1. Fragestellung

Zur Erhebung wurde folgende Forschungsfrage genutzt: *Inwiefern beeinflusst das Landeszentrum die Implementierung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen in Sachsen-Anhalt?* Die Formulierung wurde gewählt, um den Kommunen die Möglichkeit zu geben, individuelle und differenzierte Antworten zu geben und diese möglichst nicht vorab zu sehr einzugrenzen. Mit diesem Hintergrund wurden auch die Leitfragen formuliert, die bereits für die Durchführung der Fokusgruppe angedacht waren, sich jedoch auch für die Erhebung durch Expert*inneninterviews eignen:

1. Welche Projekte zur kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung führen Sie in Ihren Kommunen durch? Bitte erläutern Sie diese kurz.
2. Welche Angebote des Landeszentrums haben Sie zur Umsetzung Ihres Projektes genutzt? In welcher Form haben diese Sie unterstützt?
3. Welche Angebote würden Sie sich noch wünschen?
4. Welche Ziele verfolgen Sie in Ihrer Kommune in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung weiterhin? Wie könnte Sie das Landeszentrum zukünftig unterstützen?

Weiterhin wurden die Teilnehmenden der Interviews zu Beginn gebeten, sich selbst kurz vorzustellen. Nach Abschluss der vorbereiteten Fragen, wurde den Vertreter*innen der Kommunen noch die Möglichkeit gegeben selbst noch Anmerkungen zu geben, die nicht von den gestellten Fragen aufgegriffen wurden. Hierbei sollen nicht nur die bereits durchgeführten Leistungen des Landeszentrums in der Kommune erhoben werden, sondern auch potentielle Wünsche für die weitere Arbeit mit Pilotkommunen.

Die Leitfragen wurden zusammen mit der Datenschutzerklärung im Vorfeld an die Teilnehmenden gesendet, sodass eine Vorbereitung möglich war.

6.2. Methodik

Zu Beginn des Forschungsprozesses stand bereits fest, dass die Evaluation unter Einbezug der 2018 geförderten Pilotkommunen durchgeführt werden soll. Diese werden unten genauer erläutert. Unklar war jedoch die Erhebungsmethode, die die aussagekräftigsten Forschungsergebnisse hervorbringen könnte. Zunächst war eine Fokusgruppe als Methode vorgesehen. Hierbei werden Leitfragen im Rahmen einer Gruppendiskussion beantwortet und diskutiert. Begleitet wird diese Methode durch eine Moderatorin oder einen Moderator. Die Erhebungsmethode bietet den Vorteil, dass ein Austausch zwischen den einzelnen Teilnehmenden stattfinden könnte und viele Möglichkeiten geboten werden, um individuelle Themen einzubringen.

Alle fünf Pilotkommunen wurden per Mail über das Evaluationsvorhaben informiert und zur Teilnahme an der Fokusgruppe über die Videoplattform „Zoom“ eingeladen. Diese Kommunikationsform wurde auf Grund der großen Entfernungen zwischen den

Kommunen sowie der in der Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen gewählt. Hierbei wurde jedoch festgestellt, dass es zu Schwierigkeiten bei der Vereinbarung eines Termins kommen würde. Grund dafür war vorrangig, dass die Erhebung während der landesweiten Sommerferien stattfinden sollte und viele eingeladene Teilnehmer*innen urlaubsbedingt nicht an ihrem Arbeitsplatz zu erreichen waren.

Folglich musste eine andere Erhebungsmethode gewählt werden, die den Vertreter*innen der Pilotkommunen größere zeitliche Flexibilität zugestehen konnte. Statt einen zentralen Termin für eine Fokusgruppe zu vereinbaren, sollten nun individuelle Expert*inneninterviews durchgeführt werden. Zentral dabei war, dass verschiedene Vertreter*innen aus den Kommunen angefragt wurden, mit dem Ziel, möglicher Weise verschiedene Perspektiven zur Thematik einzubeziehen zu können. Auch hier gab es einige Herausforderungen bei der Festlegung von Terminen. Schließlich konnten vier der fünf Kommunen in den Erhebungsprozess eingebunden werden; eine der Kommune konnte aus personellen Gründen keine Angaben mehr zu ihrem Beteiligungsprojekt machen. Weiterhin wurden Datenschutzerklärungen zur Aufzeichnung und Verarbeitung der erhobenen Daten für die Teilnehmenden angefertigt und sollten vor dem jeweiligen Termin gelesen und unterschrieben werden.

6.3. Prozess der Datenerhebung

Die geplanten Expert*inneninterviews konnten in einem Zeitraum von zwei Wochen durchgeführt werden. Aus einer der vier Kommunen konnte ein Interviewtermin mit dem Bürgermeister vereinbart werden, aus einer anderen Gemeinde wurde das Vorhaben mit zwei relevanten Akteur*innen umgesetzt und eine weitere Kommune ermöglichte ebenfalls das Gespräch mit einer Projektmitarbeiterin. Alle Interviews fanden wie geplant über „Zoom“ und aus anderen Gründen vor Ort statt. Hierbei gab es keine technischen Schwierigkeiten, die die Erhebung beeinflussten.

Weiterhin war ein Termin mit einer weiteren Person aus den drei oben erwähnten Kommunen vorgesehen, der allerdings kurzfristig abgesagt werden musste. Aus der vierten beteiligten Kommune wurde eine schriftliche Beantwortung der Fragen zugesandt, da eine digitale Verabredung auf Grund fehlender technischer Ausstattung nicht möglich war. Stellvertretend für diese Gemeinde wurde das Interview mit einer ehemaligen Mitarbeiterin des örtlichen Pilotprojektes geführt.

Die Aufzeichnung der Expert*inneninterviews konnte ohne Probleme stattfinden.

6.4. Die Pilotkommunen

Folgend sollen die Pilotkommunen aus dem Jahr 2018 vorgestellt werden, die als entscheidende Akteur*innen an der Evaluation mitgewirkt haben. Die Kinder und Jugendlichen wurden an dieser Stelle nicht mit in die Evaluation einbezogen, da die Kommunikation mit dem Landeszentrum Jugend + Kommune hauptsächlich mit kommunalen Akteur*innen stattfand. Diese werden als Vertreter*innen der jungen Menschen gesehen, die unter Beachtung der kindlichen und jugendlichen Interessen an der Evaluation teilnehmen.

Um die durchgeführten Projekte besser in den theoretischen Kontext und den Forschungsprozess einzuordnen, sollen die Gemeinden sowie deren Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendlichen im Folgenden vorgestellt werden. Die Informationen zu den Beteiligungsprojekten setzen sich aus den Aussagen der Interviews und den Projektbeschreibungen des Landeszentrums

zusammen. (Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018) Anschließend sollen die Projekte der vier Pilotkommunen in den theoretischen Kontext eingeordnet werden. (Stange W. , 2008, S. 27-41)

Die Gemeinde *Gutenborn* liegt im Süden des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Sie besteht aus 15 Ortsteilen mit ungefähr 1800 Einwohner*innen. Die Kommune bewarb sich mit einem Projekt zur Schaffung eines Jugendforums sowie der Organisation eines Ortes, an dem die Treffen des Jugendforums stattfinden konnten. Zur Umsetzung wurde eine pädagogische Begleitung herangezogen, die sich aus den Fördergeldern finanzierte. Durch Informationsschreiben an die Kinder und Jugendlichen der relevanten Altersgruppe (11 bis 18 Jahre) und einer Auftaktveranstaltung zum Projekt, konnte sich das Jugendforum zusammensetzen. Dies sollte nun als Sprachroher für die jungen Menschen der Gemeinde dienen und deren Bedarfe in der Kommune vertreten. Hierzu wurde zunächst ein Jugendtreff eingerichtet, den auch das Jugendforum für die Zusammenkünfte nutzt. Damit wurde das primäre Ziel der Pilotkommune erfüllt; das Jugendforum bleibt jedoch unabhängig vom Ende der Förderung bestehen. Zur weiteren Umsetzung finden regelmäßige und selbst verwaltete Treffen der Mitglieder des Forums statt. Das Zusammenwirken der Jugendlichen trägt in der Gemeinde zur „zielgruppenorientierten und jugendthematischen Vernetzung“ bei. (Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018)

Die Gemeinde *Muldestausee* befindet sich südöstlich in Sachsen-Anhalt und besteht aus 13 Ortschaften. In der Kommune wohnen ca. 12000 Einwohner*innen. Im Rahmen der Pilotkommune sollten Projekte und Angebote im 2017 gegründeten Jugendgemeinderat durchgeführt werden. Dies sollte ebenfalls Netzwerkstrukturen zur Kinder- und Jugendbeteiligung schaffen sowie eigne Kompetenzen und Projektvorhaben weiterentwickeln. Der Jugendgemeinderat besteht aus 13 demokratisch gewählten Mitgliedern und trifft sich drei- bis viermal jährlich. Die Aufgabe des Jugendgemeinderates ist die Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen in der Kommune; dafür werden Wünsche oder Schwierigkeiten, die junge Menschen oder Eltern artikulieren, an die Mitglieder herantragen. Weiterhin beteiligt sich der Jugendgemeinderat an Veranstaltungen der Gemeinde Muldestausee. Im Förderzeitraum der Pilotkommune konnte bedeutsame Ergebnisse erzielt werden: der Jugendgemeinderat hat sich in der Kommune als Interessenvertretung für junge Menschen etabliert und wird inzwischen durch einen Jugendsozialarbeiter unterstützt. Dieser ist in der Gemeinde angestellt. Weiterhin wurden diverse Projekte durchgeführt, beispielsweise eine kostenlose Filmfreizeit oder die Durchführung des Eurocamps der Auslandsgesellschafts Sachsen-Anhalts. (Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018)

Die Kommune *Stendal* ist eine Hansestadt, die dem gleichnamigen Landkreis zugeordnet wird. Die Hansestadt Stendal befindet sich im Norden des Bundeslandes Sachsen-Anhalt; zu ihr gehören ca. 40000 Einwohner*innen in 18 Ortschaften. Als Pilotkommune nahm die Hansestadt Stendal mit einem Projekt zur Einrichtung einer Kinder- und Jugendinteressenvertretung teil. Für den Ablauf war die Erhebung nötiger Beteiligungsmethoden zentral. Zur Umsetzung sah der Projektablauf Workshops sowie eine Kinder- und Jugendkonferenz vor, wobei partizipativ entwickelt werden sollte, in welcher Form Kinder und Jugendliche in ihrer Kommune ihre Interessen äußern. Die Ergebnisse wurden im Rahmen der Kinder- und Jugendkonferenz in einem Jugendtreff präsentiert. Die erarbeiteten Methoden betreffen sowohl die Fremd- als auch die Selbstinitiative. Der Kinder- und Jugendinteressenvertretung in Stendal waren dabei besonders transparente und verständliche Beteiligungsprozesse wichtig, die mit möglichst wenig bürokratischer Arbeit, dafür aber viel persönlicher Kommunikation stattfinden können. Die Interessenvertretung wird insgesamt als unterstützende/r* und vertrauenswürde/r* Machtkomplize*in wahrgenommen. (Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018)

Die Verbandsgemeinde *Seehausen* befindet sich ebenfalls im nördlichen Landkreis Stendal in Sachsen-Anhalt. In der Verbandsgemeinde leben knapp 10000 Menschen. Als Pilotkommune setzte sich Seehausen die „Implementierung einer Beteiligungsmoderation als Schnittstelle zwischen kommunalpolitischen Ebenen und Kindern und Jugendlichen“ als Ziel.

(Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018) Hier war eine Entwicklung von Strukturen nötig, die Kommunikation ermöglichen. Zur Umsetzung wurde zunächst eine Analyse durchgeführt, die auf Bedarfe und Probleme junger Menschen in der Kommune abzielte. Treffen von Jugendgruppen und einzelne Projekte wurden organisiert, beispielsweise wurde eine Bücherzelle aufgestellt. Stattgefundene Kinder- und Jugendkonferenzen konnte von den jungen Menschen selbstständig organisiert und durchgeführt werden. Ein Austausch zwischen Kindern und Jugendlichen und politischen Akteur*innen konnte stattfinden, ebenso wie ein Ausbau der Netzwerkstrukturen. Durch die Begleitung der Beteiligungsmoderation konnte die Interessen von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde sichtbar gemacht werden. Trotzdem die Implementierung von Strukturen zum Dialog eine Herausforderung ist, kann wertschätzende Partizipation gelingen. (Landeszentrum Jugend + Kommune, 2018)

Der Landkreis *Mansfeld-Südharz* liegt südwestlich im Bundeland Sachsen-Anhalt und hat über 130000 Einwohner*innen. Organisiert werden sollte im Rahmen der Pilotkomme die Planung, Durchführung und weitere Begleitung des Jugendkreistages 2018. Zur Umsetzung wurde der Jugendkreistag in Schulen beworben und die Schüler*innen konnten Themenwünsche äußern. Dies wurde gemeinsam mit der Projektkoordinatorin durchgeführt. Es bildeten sich Fraktionsgruppen, die unterschiedliche Themen diskutierten. Die gesammelten Beschlussvorlagen wurden im Jugendkreistag vorgestellt und waren größtenteils erfolgreich. Alle Beschlüsse werden nun dem Kreistag vorgelegt und gegebenenfalls umgesetzt.

Nach den *sieben Grundformen der Kinder- und Jugendbeteiligung, die Waldemar Stange* 2008 beschrieb (Stange W. , 2008), treten verschiedene Grundformen in den Kommunen auf, teilweise betreffen die einzelnen Projekte auch mehrere. Insgesamt handelt es sich bei allen Vorhaben zunächst um projektorientierte Verfahren, da dies Bestandteil der Pilotkommune war. In allen Verfahren kann davon ausgegangen werden, dass Aushandlungen und Alltagspartizipation sowie punktuelle Beteiligung stattfinden. Ebenfalls werden diese Grundformen durch die Projekte innerhalb der Kommune gefördert. Weiterhin kann die Grundform der stellvertretenen Wahrnehmung von Kinderinteressen durch Erwachsene in der Kinder- und Jugendinteressenvertretung der Hansestadt Stendal gefunden werden. Diese Grundform lässt sich auch durch die Begleitung der Beteiligungsmoderation in der Verbandsgemeinde Seehausen erkennen. Der Jugendgemeinderat der Gemeinde Muldestausee hingegen kann eher der parlamentarischen und repräsentativen Grundform zugeordnet werden, ebenso wie der Jugendkreistag des Landkreis Mansfeld-Südharz. Das Jugendforum der Gemeinde Gutenborn kann als offene Versammlungsform gewertet werden. Gruppen, die sich aus den Pilotprojekten entwickelt haben, können ebenfalls als Grundform gesehen werden, wenn sie sich beispielsweise an Institutionen der Erwachsenenwelt beteiligen wollen oder können. (Stange W. , 2008, S. 27-41)

Bei der Einordnung der Projekte in den theoretischen Kontext der sieben Grundformen lässt sich feststellen, dass die Projekte insgesamt in verschiedenen Bereichen wirken und somit auch unterschiedliche Akteur*innen erreichen. Den Kindern und Jugendlichen werden in den Projekten unterschiedliche Zugänge zu Beteiligungsprozessen ermöglicht. Einige erfordern einen größeren Einbezug der Erwachsenen, andere ermöglichen den jungen Menschen eigenständig zu handeln.

6.5. Prozess der Datenanalyse

Die Transkription der aufgezeichneten Interviews erfolgt hauptsächlich nach den „Hinweisen zur Interviewtranskription“ von Philipp Mayring. (Mayring, 2015, S. 57) Demnach wird wortwörtlich und vollständig transkribiert, wobei Dialekte ins Hochdeutsch umgeschrieben werden. Entgegen der Hinweise Mayrings, wurden Füllwörter in der Transkription aufgenommen, längere Pausen allerdings nicht vermerkt. (Mayring, 2015, S. 57) Alle Transkriptionen sowie die schriftliche Beantwortung der Fragen einer Kommune können dem Anhang entnommen werden (vgl. Anhang).

Die Analyse des Datenmaterials soll nach qualitativen Inhaltsanalyse von Philipp Mayring durchgeführt werden. (Mayring, 2015) Diese wird folgendermaßen beschrieben: „Ziel der Inhaltsanalyse ist, darin besteht Übereinstimmung, die Analyse von Material, das aus irgendeiner Art von Kommunikation stammt." (Mayring, 2015, S. 11) Zentral ist die Bildung eines Kategoriensystems, welches aus dem jeweiligen vorliegenden Material entwickelt wird. (Mayring, 2015, S. 61) Mayring bezeichnet die qualitative Inhaltsanalyse deshalb auch als „kategoriengeleitete Textanalyse". (Mayring, 2015, S. 13)

Für diesen Forschungsprozess soll das Verfahren der induktiven Kategorienbildung genutzt werden. Dabei geht es um die Ableitung von Kategorien aus dem vorliegenden Datenmaterial ohne Bezug auf vorher entwickelte Theoriekonzepte. Die Richtung der Analyse muss sich entsprechend auf die Fragestellung beziehen, also am Thema orientiert sein. Die aus dem Text gebildeten Kategorien müssen jeweils mit passenden Textbeispielen belegt werden. Mayring empfiehlt eine Überprüfung des Systems nach 10-50 % der Bearbeitung des Materials hinsichtlich der zielführenden Kategorienbildung. Für diese Erhebung wurden folgende Kategorien gebildet: Finanzielle Unterstützung, Beratung und Begleitung von Projekten, Interaktion zwischen Kindern und Jugendlichen und der Kommune, Vernetzung und Informationsweiterleitung, Weiterbildung kommunaler Akteur*innen oder Zielgruppe, Motivation, politisch Einflussnahme und Nachhaltigkeit. Weiterhin wurden die Wünsche der Kommunen als Kategorie erfasst.

Nach Abschluss der Entwicklung des Kategoriensystems kann die Interpretation erfolgen. (Mayring, 2015, S. 85-87) Dies soll ebenfalls auf den in dieser Ausarbeitung entwickelten Forschungsprozesse angewendet werden. (vgl. Anhang)

7. Evaluationsergebnisse

Im Folgenden sollen die Ergebnisse der Erhebung zur Evaluation des Landeszentrum Jugend + Kommune ausgewertet werden. Die durch die qualitative Inhaltsanalyse entwickelten Kategorien werden nun einzeln aufgeschlüsselt und zur Interpretation der Ergebnisse genutzt.

7.1. Interaktion Kinder/Jugendliche und Erwachsene

Diese Kategorie bezieht sich auf die Kommunikation zwischen den Kindern und Jugendlichen als Bürger*innen der Kommune und den Erwachsenen der Gemeinde, in der sie leben. Diese wird sowohl durch die politischen Akteur*innen als auch durch die Fachkräfte der Arbeit an den Partizipationsprozessen vertreten. Insgesamt können die Kommunen hier eine positive Entwicklung erkennen, was die Transparenz und Beteiligung der jungen Menschen in Entscheidungsprozessen betrifft. Die Projekte werden insgesamt gut angenommen, wenn sie der Zielgruppe bekannt sind. Anliegen oder Meinungen können niedrigschwelliger von den Kindern und Jugendlichen an die Gemeinde weitergegeben werden, denn eine Kommunikation auf Augenhöhe wird durch die Beteiligungsprojekte gefördert: *„Ein Ziel ist auf jeden Fall der, der kurze Draht, da hat das Projekt auch schon viel bewirkt, dass die Jugendlichen so eine gewisse Scheu verlieren. Also zum Beispiel auf den Gemeinderat oder auf mich als Bürgermeister zu zugehen und zu sagen: „Wir könnten uns das oder jenes noch vorstellen oder wünschen.", wie auch immer. [Ähm] Also so ein kurzer Draht zueinander, dass man irgendwie auf Augenhöhe [ähm] miteinander reden kann."* (Ⅲ,97-101).

Die Vertreter*innen der Kommunen wünschen sich dennoch auf verschiedenen Ebenen eine Begleitung für die Kinder und Jugendlichen bei der eigenständigen Umsetzung von Projekten Sie gehen davon aus, dass durch selbstständig organisierte oder fortgeführte Projekte durch die jungen Menschen keine vergleichbaren Beteiligungsstrukturen gefördert werden; eine eigenständige Organisation der Projekte können sich ohne Begleitung durch Erwachsene nicht vorstellen.

Insgesamt wird der Dialog mit den Kindern und Jugendlichen in den Pilotkommunen durch die Projekte gefördert und das Landeszentrum wird explizit als ausschlaggebende Institution für die positive Entwicklung genannt.

7.2. Serviceangebote des Landeszentrums

Das Landeszentrum stellt Gemeinden verschiedene Angebote zur Verfügung, die für die Umsetzung der Beteiligungsprozesse von Kindern und Jugendlichen genutzt werden können. Folgend soll das Serviceangebot in Informationsangebote und Beratungs- und Unterstützungsangebote unterteilt werden. Beide Kategorien werden durch den Standortbezug beeinflusst.

Der *Standortbezug* beschreibt die Entfernung zwischen dem Landeszentrum und den Pilotkommunen, sowie Besonderheiten der Gemeinden, die ebenfalls die Partizipationsprozesse mit den jungen Menschen beeinflussen. Hierbei gibt es sowohl positive als auch negative Einschätzungen der Gemeinden. Insgesamt muss darauf hingewiesen werden, dass zwischen den Kommunen teilweise größere Entfernungen bestehen. Die Nähe zum Landeszentrum wird dabei eher positiv bewertet: *„Also das Landeszentrum ist ja jetzt im Prinzip dadurch, dass es jetzt bei uns eben auch mit angesiedelt ist, sehr sehr eng betraut mit, mit dem Projekt."* (Ⅱ, 95-96) Die Beratung ist auf persönlicher Ebene eher möglich, wenn eine Nähe zum Landeszentrum besteht. Akteur*innen der Kommunen gehen davon aus, dass Leistungen eher effektiv genutzt werden können, wenn diese für sie im Umfeld verfügbar sind. Für bestimmt Leistungen des Landeszentrums wird die Entfernung zur Stadt Stendal als zu groß eingeschätzt. Diese Problematik zeigt sich auch in organisatorisch-strukturierenden Aufgaben oder Anliegen der Gemeinden: *„Also es bringt jetzt nichts, wenn wir sagen: „Okay, in Magdeburg ist da vielleicht was aber ich kriege die Kinder gar nicht bis dahin transportiert", dass man das halt vielleicht irgendwie löst, dass das Ortsnah [ähm] angeboten wird. Sowas halt, ja."* (Ⅰ,171-173)

Hierbei lässt sich erkennen, dass nahgelegene Angebote für die Kommunen förderlich für die Implementierung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung wäre. Der Standortbezug und lokale Gegebenheiten können nicht beeinflusst werden, doch die Berücksichtigung der Besonderheiten können durch das Landeszentrum unterstützt werden, um Projekte effektiver umzusetzen.

7.2.1. Unterstützungs- und Beratungsangebote

In der ersten Kategorie ist das Landeszentrum als impulsgebende Institution zu betrachten, die das Thema kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung durch den Projektaufruf präsent macht. Somit wird eine Motivation zur Umsetzung von Projekten hervorgerufen. Folglich kann auch ein Interesse an der dauerhaften Implementierung der Strukturen resultieren.

Partizipation auf kommunaler Ebene durchzusetzen, wird als Thematik von den Kommunen als positiv und innovativ bewertet. Demnach war das Angebot für die Kommunen ein Impuls zur Initiierung von Projekten: *„Die, ich sag mal grundsätzlich erstmal wichtigste Unterstützung, war natürlich der Aufruf, sich am Modellprojekt zu beteiligen, also eine Projektidee zu entwickeln, sich zu bewerben und das war für uns [äh] die Initialzündung für die Arbeit und [äh] auch die, sagen wir mal, tatkräftig oder [äh] ja, kräftigste Unterstützung, wichtigste Unterstützung an der Stelle."* (Ⅲ, 31-34)

Weiterhin wurden auch Zwischenziele, die bei der Umsetzung der Projekte eine Rolle spielten, als Motivation benannt. Hier ist der Einfluss des Landeszentrums besonders deutlich, denn vor allem konkrete Aktionen wurden durch das Landeszentrum fachlich oder finanziell ermöglicht; dabei werden sowohl Kinder und Jugendliche als auch kommunale Akteur*innen motiviert, um ihre Projekt fortzusetzen: *„Das war schon so[ähm] ein positiver Nebeneffekt, wo wir gesagt haben: „Ey, hier, jetzt machen wir was richtig" und wo auch die Jugendlichen aus dem Jugendgemeinderat motiviert waren und gesagt haben: „Da haben wir was erreicht". Also, sie haben halt gesehen, okay da haben wir was umgesetzt, was wir möglich gemacht haben und waren dann auch*

ein bisschen stolz drauf und waren motivierter, um weiter zu machen.“ (I ,81-86) Eine motivierte Zielgruppe und Vertreter*innen der Kommune sind unabdinglich, um eine Implementierung der Beteiligungsstrukturen zu ermöglichen.

Zunächst soll die *finanzielle Unterstützung* als Einflussfaktor des Landeszentrums auf die Pilotkommunen ausgewertet werden. Hier sind alle finanziellen Mittel gemeint, die das Landeszentrum den Pilotkommunen während des Förderzeitraums zukommen ließ. Diese Leistung wird nach Aussagen der Expert*inneninterviews insgesamt positiv bewertet und als notwendig zur Umsetzung der Beteiligungsprojekte betrachtet.

Auf Grund mangelnder finanzieller Mittel in den Kommunen, ermöglichen die Gelder des Landeszentrums überhaupt die Umsetzung der Beteiligungsvorhaben und beschleunigen die Durchführung der Projekte: *„[…] weil natürlich das auch verbunden war mit finanzieller Unterstützung [äh], das hätten wir sonst in dem Umfang nicht gleich als Gemeinde auf einmal realisieren können […]“* (Ⅲ, 34-36). Genutzt werden sie beispielsweise zur Umsetzung von konkreten Aktionen, die Beteiligungsprozesse fördern oder zur Optimierung des Projektablaufs. Weiterhin werden die Fördergelder teilweise als primäre Motivation zur Teilnahme an der Pilotkommune gesehen. Das Landeszentrum schafft über die finanzielle Unterstützung die Rahmenbedingungen, um eine Implementierung langfristig zu ermöglichen und Kinder- und Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene durchzusetzen.

Weiterhin ist die *fachliche Beratung und Begleitung* durch das Landeszentrum bei der Durchführung der Beteiligungsprojekte als entscheidende Kategorie bei der Evaluation zu benennen. Dies bezieht sich auf Leistungen, die durch Fachwissen und Erfahrungswerte von den Kommunen in Anspruch genommen werden können. Diese wird insgesamt positiv und als unterstützend empfunden; die Gründe dafür sind vielfältig. Hierbei muss allerdings drauf hingewiesen werden, dass die genutzten Leistungen des Landeszentrums von den Vertreter*innen nur eingeschränkt benannt werden; es besteht die Möglichkeit, dass nicht alle Angebote bekannt sind.

Das Landeszentrum dient weiterhin auch als fester Ansprechpartner während des Projektablaufs: die Pilotkommunen können sich auch bei Hindernissen oder sonstigen Schwierigkeiten bezüglich der Beteiligungsprozesse mit den Kindern und Jugendlichen während des Projektverlaufes an das Landeszentrum wenden. Auch als strukturierende Instanz ist das Landeszentrum eine Unterstützung für die Pilotkommunen, die eine andere Perspektive auf die Projekte hat und methodische Impulse gibt: *„[…] im Prinzip war es diese Strukturierung des Großen und Ganzen eben wichtig und [ähm] die enge Begleitung war halt auch sehr hilfreich, also gerade auch bei den Workshops, die wir dann mit den Studierenden zusammen erarbeitet haben, war es halt ganz hilfreich, das da eben das Landeszentrum auch immer wieder Impulse mit reingegeben hat: was ist jetzt dafür wichtig? [ähm] Welche Methoden eignen sich vielleicht auch ganz gut dafür? Oder [ähm] ja, den Weitblick nochmal zu haben: woran muss man vielleicht noch denken?“* Dabei lässt sich erkennen, dass das Landeszentrum als fachliche Sicherheit bei der Durchführung gesehen wird. Dies ermöglicht den Vertreter*innen der Gemeinden eine reflektiertere Arbeitsweise. Eine Implementierung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung wird dadurch durch fachliche Unterstützung gewährleistet.

7.2.2. Informationsangebote

Eine weitere Kategorie bezieht sich auf alle *Fortbildungen und Qualifikationen*, die kommunale Akteur*innen (beispielsweise Fachkräfte, Kinder, Jugendlichen) aus den Pilotkommunen durch das Landeszentrum erwerben können. Aus jeder der befragten Kommunen absolvierte eine Fachkraft die Qualifizierungsreihe Beteiligung + Moderation und bewerteten dies durchweg positiv. Sie wurde als unterstützend wahrgenommen und etablierte die oder den ausgebildete/n Beteiligungsmoderator*in als

verantwortliche Akteur*in bei der Durchführung der Beteiligungsprozesse. Die Qualifizierungsreihe wurde als obligatorischer Bestandteil der Pilotkommune wahrgenommen und verschaffte den Gemeinde Vernetzungsmöglichkeiten zu anderen Kommunen: *„[Ähm] Ansonsten gab es ja auch die, die [ähm] na die Ausbildung, wenn man das so sagen möchte, Weiterbildung, wie auch immer, zum Beteiligungsmoderator, wo natürlich viele Informationen geflossen sind, wo eine Vernetzung zu anderen Modellkommunen stattgefunden hat, et cetera."* (Ⅲ, 36-39)

Nicht angesprochen wurde die Fortbildungsmöglichkeit Beteiligung + Scout für engagierte Kinder und Jugendliche. Hier kann davon ausgegangen werden, kein Interesse von Seiten der jungen Menschen und der Kommune bestand oder kein Wissen über die Leistung vorhanden ist. Dennoch fördert das Landeszentrum durch die Qualifizierungsreihe Beteiligung + Moderation Dialoge zwischen politischen Akteur*innen und jungen Menschen in der Kommune; dies ist für die Implementierung von Beteiligungsstrukturen ein entscheidender Parameter.

Weiterhin werden Weiterbildungsmöglichkeiten für lokale Fachkräfte und Kinder und Jugendliche angesprochen. Hierbei besteht der Wunsch, dass Kinder und Jugendliche mehr Empowerment erfahren, um ihre Interessen deutlicher ausdrücken zu können: *„[…] haben wir jetzt schon [ähm] zusammen überlegt heute, den Jugendlichen vielleicht überhaupt eine Möglichkeit [ähm] oder eine Schulung, so etwas in der Art zu geben [ähm]: wie kommuniziere ich richtig? Also das Problem ist einfach [ähm], die Kinder trauen sich vielleicht nichts zu sagen, weil sie Angst haben: „Okay, ich bin da vielleicht an der falschen Stelle" […] Wie spreche ich jetzt mit dem Bürgermeister richtig? Oder sowas oder ja, so in der Art, das wäre vielleicht noch eine kleine Unterstützung oder, wo man halt diesen Druck von den Kindern nimmt, der vielleicht ja eventuell vorliegt, das kann man ja immer nur vermuten aber das wäre vielleicht immer noch so eine kleine Hürde, die man gemeinsam lösen könnte."* (Ⅰ, 161-165, 176-179)

Doch auch für Fachkräfte in der Region, die für Beteiligungsprozesse notwendig sind, würden sich die Vertreter*innen teilweise mehr Fortbildungsangebote wünsche, die das Landeszentrum organisiert: *„[…] dass das halt vielleicht auch nochmal sowas wäre, dass man sagt: das Landeszentrum hat halt zu bestimmten Themenblöcken irgendwie Weiterbildungsangebote und wir können einfach uns hier im Raum Stendal vernetzen und sagen: hier, Fachkräfte aus Kita, Hort oder so, ihr könnt da eine Weiterbildung vom, vom Landeszentrum besuchen, genau zu diesen Themen."* (Ⅱ, 45-49) Hier lassen sich unterschiedliche Themen erkennen, die für die Kommunen bedeutsam sind: die Vernetzung in der Kommune, den Einbezug und die Weiterbildung

Insgesamt wird die Begleitung beziehungsweise *Informationsweitergabe über weitere Fördermöglichkeiten nach Ende Unterstützung* als Pilotkommune häufig erwähnt: *„[…] was immer nicht schlecht wäre, wenn es [ähm] immer nochmal wie eine Art, naja, ne Art Newsletter gebe, wo regelmäßig Fördermöglichkeiten existieren; also was ist für die Kinder- und Jugendbeteiligung gerade so möglich, [ähm] sei es finanziell oder materiell, [ähm] wo man einfach auch, ja regelmäßig Updates bekommt: was gibt es gerade für Möglichkeiten? Welche Projekte könnte man mit den Kindern und Jugendlichen [ähm] auf die Beine stellen? Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es?"* (Ⅰ,101-107) Dieser Wunsch bezieht sich vor allem auf Kommunen, die räumlich sehr weit vom Landeszentrum entfernt sind. Diese Gemeinden könnten sich für die Zukunft auch vorstellen, den Kontakt mit anderen Pilotkommunen und den Mitarbeiter*innen des Landeszentrums stärker zu fördern, um die eigene Arbeit zu reflektieren. Von punktueller Beratung bei laufenden Projekten nach Abschluss des Förderzeitraums erhoffen sich die Vertreter*innen der Kommunen neue Perspektiven.

Eine weitere Kategorie beschreibt den Einfluss des Landeszentrums auf *Auf- und Ausbau von Netzwerkstrukturen* in aber auch zwischen den beteiligten Gemeinden und der damit verbundenen Informationsweiterleitung. Gemeint ist auch die Vernetzung zu anderen relevanten Institutionen auf Landes- oder Bundesebene. Das Landeszentrum wird von den Kommunen als bedeutender Knotenpunkt in verschiedenen Netzwerken gesehen und bewerten dessen Arbeit weitgehend positiv. Es wird als

Vermittlungsinstanz wahrgenommen, dessen Wirken die Kommunen effektiver einschätzen als ihr eigenes: *„Und das Landeszentrum selber ist ja schon so ein, so ein Knotenpunkt von einem Netzwerk, [ähm] führt auch überall hin, wo es geht, [äh] und glaube, da ist es sinnvoller, man zapft [ähm] diesen einen Knoten an, bevor man selber so einzelne Punkte raussucht".* (I , 110-112) Auch die Vernetzung mit anderen Kommunen wird als förderlich für den eigenen Arbeitsprozess eingeschätzt.

Insgesamt dient das Netzwerk des Landeszentrums als Arbeitsentlastung und als Möglichkeit bei der Suche nach Hilfe oder Rückversicherung, wenn dies nötig ist. Weiterhin fungiert das Landeszentrum als System, das relevante Informationen vermitteln oder diese weitergeben kann. Die Implementierung kann durch das Netzwerk gefördert werden, vor allem auch nach Ende des Förderungszeitraums. Nachhaltige Strukturen können von Kommunen selbst weiterentwickelt werden und anderen Gemeinden Unterstützung bei der Umsetzung eigener Projekte liefern.

7.3. Strukturelle Verankerung von Kinder- und Jugendbeteiligungsprozessen

Die Schwierigkeiten bei der strukturellen Verankerung betreffen Hindernisse, vor denen die Kommunen selbst stehen. Das Landeszentrum kann diese erkennen, trägt jedoch keine Verantwortung für die bestehenden Strukturen. Das am häufigsten auftretende Problem stellt die Fortführung der Projektidee in der Kommune dar; finanzielle oder personelle Mittel fehlen, die Gemeinde sieht die Thematik nicht als bedeutend genug an, um sie weiterzuentwickeln oder die fachliche Begleitung für den Projektverlauf oder die jungen Menschen selbst ist nicht mehr ausreichend vorhanden: *„Von Seiten der Kommune war die Bereitschaft zur Fortführung der Beteiligungsarbeit eher gering bzw. fehlte die entsprechende Eigeninitiative und die fachliche Kompetenz."* (IV,25-27).

Hierbei werden vor allem dauerhafte Lösungen benötigt, die die Probleme auch langfristig lösen können. Die Kommunen sehen hier die Chance, dass die Umstände durch das Landeszentrum positiv beeinflusst und entsprechende Maßnahmen getroffen werden können.

7.4. Nachhaltigkeit

Das Thema Nachhaltigkeit bezieht sich auf die Weiterführung und Weiterentwicklung von Projekten. Es geht um die Leistungen des Landeszentrums, die die Umsetzung der Projekte beeinflussen und sich auf die Implementierung auswirken. Dies bewerten die befragten Vertreter*innen der Pilotkommunen teilweise negativ, wobei dies auch individuell in Verbindung mit der strukturellen Verankerung in den Gemeinden selbst zu verstehen ist. Demnach sind die Leistungen während der Förderung zwar effektiv, können sich aber nicht langfristig auf die Projekte auswirken. Die Weiterführung ohne das Landeszentrum stellt die Kommunen vor große Herausforderungen; hier ist die „komplette Strategieentwicklung im Nachhinein" (II , 39) zu benennen. Die Kommunen fühlen sich nach Abschluss der Förderung teilweise nicht bereit, die Projekte komplett selbstständig fortzuführen und empfinden die Förderdauer insgesamt als zu kurz: „Ich hätte mir mehr Nachhaltigkeit für die Jugendlichen und die Kommune gewünscht. Die Förderdauer von einem Jahr ist einfach zu kurz um nachhaltige Strukturen zu implementieren. Es ist der erste wichtige Schritt in die richtige Richtung aber die Kommunen brauchen eine kontinuierliche Begleitung, damit *sie selbst in der Lage sind, dieser Aufgabe gerecht zu werden und sich nicht weiterhin auf „Dritte" verlassen, die sich dieser Aufgabe annehmen."* (IV, 27-31)

Insgesamt wird die Nachhaltigkeit problematisch gesehen, da es finanziell und strukturell zu wenig Impulse vom Landeszentrum gibt. Dennoch ist hier auf einige nachhaltige Projekte zu verweisen, die auch nach der Förderdauer noch Bestand haben.

7.5. Lobbyarbeit

Die Lobbyarbeit des Landeszentrums auf die Beteiligungsstrukturen für junge Menschen in Kommunen in Sachsen-Anhalt spielt eine zentrale Rolle und lässt sich bereits in Ansätzen in anderen Kategorien wiederfinden. Das Landeszentrum wird an dieser Stelle als engagierte Institution gesehen, die sich für die Veränderung gesetzlicher Rahmenbedingungen einsetzt, um die Voraussetzungen für die Implementierung kommunaler Partizipation auf Landes- oder Bundesebene zu verbessern.

Insgesamt wird diese Thematik von den Akteur*innen der Kommunen sehr positiv und innovativ angesehen. Dies zeigt sich auf verschiedenen Ebenen: Gesetzesänderungen, nachhaltige strukturelle Veränderungen zwischen den Institutionen oder in den Gemeinden werden als mögliche Schwerpunkte gesehen. Die Vertreter*innen der Kommunen glauben, dass das Landeszentrum eine relevante Institution für politische Entscheidungsprozesse ist und schätzen das bisherige Wirken dahingehend sehr: *„was jetzt ganz explizit dieses Thema Partizipation betrifft, auch mit der Initiative, dass im Gesetzestext im Landesgesetz so festzuschreiben [ähm], Jugendbeteiligung [ähm] also, empfinde ich als Pionierarbeit und somit ganz wichtig, ganz wertvoll."* (Ⅲ ,130-133)

Das Landeszentrum hat für die Kommunen somit eine symbolische Wirkung, wodurch Beteiligungsprozesse explizit für junge Menschen in den Gemeinden an Bedeutung gewinnt. Diese Kategorie zeigt, dass das Landeszentrum nicht nur die direkte Arbeit vor Ort in den Gemeinden unterstützt, sondern auch nachhaltig politische Veränderungen anstrebt.

Dauerhaft besteht weiterhin der Wunsch nach besseren rechtlichen Rahmenbedingungen für die kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung. Die Entscheidungsmacht liegt an dieser Stelle natürlich nicht beim Landeszentrum, dennoch erhoffen sich die Kommunen dabei Unterstützung. Hierbei geht es den Kommunen um die langfristige Stärkung ihrer Gemeinde, Region oder des ganzen Bundeslandes, welche sie durch kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung erreichen wollen: *„Vielleicht kann natürlich dieses Landeszentrum [ähm] gemeinsam mit irgendwelchen Vertretern [äh] erreichen, dass diese Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen vielleicht sogar als Pflichtaufgabe wird. [Ähm] Dass das, das Land erstmal beschließt, Land Sachsen-Anhalt oder sogar [ähm] Deutschland, dass das halt als gesetzliche Pflichtaufgabe für die Kommunen wird, weil jetzt kann es natürlich dazu kommen, dass eine Kommune sagt: „Okay, wir haben keine Gelder mehr […]Wird es zur Pflichtaufgabe, dann ist es natürlich so, dann müsste die Kommune Geld dafür einplanen und kann Projekte umsetzen und ich finde das auch ganz wichtig, um die Kinder und Jugendlichen auch hier in der Region zu halten"* (Ⅰ ,126-131, 133-135)

8. Fazit und Empfehlungen

Ursprünglich entstand das Landeszentrum Jugend + Kommune als Kompetenzzentrum zur Förderung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung im Bundesland Sachsen-Anhalt. Seither wurde mit verschiedenen Kommunen zusammengearbeitet, um deren Ziele der Kinder- und Jugendbeteiligung zu erreichen. Nach der Durchführung der Evaluation und der Auswertung der Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse lässt sich festhalten, dass das Landeszentrum in den Kommunen auf vielen Ebenen und in den angestrebten Handlungsfeldern wirken konnte. Dies zeigt sich in den zentralen und zusammengefassten Ergebnissen:

1. Das Thema kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung ist in vielen Kommunen des Bundeslandes Sachsen-Anhalt präsenter geworden. Die Bedeutung, die frühe Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen, wurde neu gedacht und als besonders wichtig empfunden. Dies betrifft nicht nur die erwachsenen Akteur*innen, sondern auch die Kinder und

Jugendlichen. Dabei lässt sich eine klare Forderung an die landesbezogene und nationale Politik erkennen: Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen muss ein größerer Stellenwert zugeschrieben werden. Rechtliche Rahmenbedingungen für Förderungen und allgemeine Umsetzung muss gewährleitet werden.

2. Bei Betrachtung der von den Kommunen beschriebenen Projekte ist festzustellen, dass diese ohne die Inanspruchnahme der Serviceangebote des Landeszentrums nicht hätten stattfinden können; hierbei ist sowohl die materielle als auch fachliche Unterstützung gemeint. Das bedeutet, dass das Landeszentrum einen direkten Einfluss auf die Ausgestaltung der Projekte hatte; dies kann als Indikator für den Erfolg der Arbeit gesehen werden. Um weitere Projekte in verschiedenen Kommunen durchzuführen, ist es nötig, dass das Landeszentrum langfristig auch in anderen Gemeinden Vorhaben für Beteiligungsprozesse begleiten kann.

3. In Bezug auf die Projekte ist weiterhin festzustellen, dass sie sich teilweise als dauerhafte Beteiligungsstruktur etabliert haben. Für die Arbeit des Landeszentrums bedeutet das, dass die Arbeit auch zukünftig erfolgreich ist und von den Kommunen selbstständig weitergeführt werden kann; es liegt also eine Veränderung auf struktureller Ebene vor.

4. Aus den Evaluationsergebnissen ergibt sich eindeutig der Wunsch nach der Fortsetzung der Arbeit des Landeszentrums durch die Vertreter*innen der Kommunen; dies bezieht sich nicht nur auf weitere eigene Projekte, sondern auch auf Projekte anderer Kommunen. Die Arbeit des Landeszentrums wird also insgesamt als bedeutsam erachtet und nötig angesehen.

5. Bei der Unterstützung zukünftiger Projekte, ergibt sich die Forderung an das Landeszentrum, dass Begleitung individueller und langfristiger umgesetzt werden muss. Hierbei sind die Forderungen der Kommunen vielseitig, beispielsweise besteht der Wunsch nach größerer finanzieller Unterstützung oder dauerhafter Informationsweiterleitung, die neue Projekte oder die Weiterführung bereits begonnener Vorhaben betrifft. Dies ergibt sich hauptsächlich durch die Rahmenbedingungen, denen die Projekte der Kommunen ausgesetzt sind. Hier hängt die Kinder- und Jugendbeteiligung maßgeblich von der Unterstützung der Gemeinde ab. Für das Landeszentrum bedeutet das, den Dialog mit Entscheidungsträger*innen in den Gemeinden zu suchen und somit zu einer Fortführung der Projekte beizutragen.

Insgesamt wird also deutlich, dass das Landeszentrum Jugend + Kommune von Kommunen in Sachsen-Anhalt zur Umsetzung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung benötigt wird. Ohne eine weitere Förderung von Projekten, die schließlich zur strukturellen Verankerung führen, kann Partizipation in der Kommune nicht in dieser Form stattfinden.

Hierbei ist nochmal hervorzuheben, dass es sich bei kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung um ein Recht junger Menschen handelt, dieses aber nicht ohne Förderung stattfinden kann. Um das Recht umzusetzen ist das Landeszentrum also eine entscheidende Institution. Das Landeszentrum Jugend + Kommune sollte ein dauerhafter Ansprechpartner für Gemeinden sein, Impulse geben und schließlich erfolgreiche Projekte unterstützen.

Kritikpunkte, die während der Evaluation festgestellt werden konnten, entsprechen eher konkreten Wünschen und sind demnach als Ergänzung zu der geleisteten Arbeit zu verstehen. Abschließend kann vermerkt werden, dass das Landeszentrum bereits eine gesellschaftlich sowie politisch wichtige Aufgabe übernimmt und dieser bereits umfassend nachgeht. Es trägt dazu bei, dass Kinder und Jugendliche als Bürger*innen in Kommunen wahrgenommen werden und sollte diese Entwicklung weiterhin fördern und unterstützen.

Literaturverzeichnis

Akademie für Raumentwicklung in der Leibnitz-Gemeinschaft. (2005). *ARL*. Abgerufen am 11.08.2020 von Akademie für Raumentwicklung in der Leibnitz-Gemeinschaft: https://www.arl-net.de/de/lexica/de/gemeinde-kommune

Bartscher, M. (1998). *Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik.* Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag.

Bibliographisches Institut GmbH. (2020). *Duden*. Abgerufen am 30.07.2020 von https://www.duden.de/

Bundesministerium der Justiz und den Verbraucherschutz, Bundesamt für Justiz. (1960). *Baugesetzbuch.* Abgerufen am 05.08.2020 von https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/BauGB.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2014). *Kinder- und Jugendhilfe. Achtes Sozialgesetzbuch* . Berlin .

Deutsches Kinderhilfswerk. (2020). *www.Kinderpolitik.de*. Abgerufen am 05.08.2020 von Kinderpolitik: Infostelle des Deutschen Kinderhilfswerkes: https://www.kinderpolitik.de/

Gürlevik, A. (2016). *Jugend und Politik, Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen.* Wiesbaden: Springer VS.

KinderStärken e.V. (2008-2020). *KinderStärken e.V.* Abgerufen am 26.08.2020 von https://www.kinderstaerken-ev.de/

KinderStärken e.V. (2020). *Landeszentrum Jugend + Kommune*. Abgerufen am 28.08.2020 von https://www.jugend-kommune.de/

Land Brandenburg. (11.08.2020). *Land Brandenburg*. Von Kinderleicht - Ministerium der Finanzen: http://www.kinderleicht.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.301100.de abgerufen

Landeszentrum Jugend + Kommune. (2018). *§80, Beteiligung von Kindern + Jugendlichen auf kommunaler Ebene.* Stendal: KinderStärken e.V. Abgerufen am 15.08.2020 von https://www.kinderstaerken-ev.de/wp-content/uploads/2020/04/JK_P80_d.pdf

Landeszentrum Jugend+Kommune. (2018). *Landeszentrum Jugend + Kommune.* Abgerufen am 08.09.2020 von https://www.jugend-kommune.de/wp-content/uploads/2019/10/Steckbrief-fu%CC%88r-Pilotkommunen-2018-Gutenborn-Druckversion.pdf

Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* . Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt. (kein Datum). *Ideenwettbewerb "JAM - Jugend Aktiv Mittendrin", Leitfaden zur Einrichtung von Projektvorschlägen* . Magdeburg.

Ministerium für Inneres und Sport Sachsen-Anhalt. (2018). *Kommunalverfassungsgesetz.* Magdeburg. Abgerufen am 21.08.2020 von https://mi.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MI/MI/4._Service/Publikationen/3._Abteilung_3/Kommunales/Kommunalrecht2018_1.pdf

Shell. (2019). *Shell Jugendstudie: Eine Generation meldet sich zu Wort.* Hamburg : Shell. Abgerufen am 11.08.2020 von https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/_jcr_content/par/toptasks.stream/1570708341213/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf

Stange, W. (2008). *Strategien und Grundformen der Kinder- und Jugendbeteiligung I* . Münster: MV-Verlag.

Stange, W. T. (1999). Alltagsdemonkratie und Partizipation: Kinder vertreten ihre Interessen in Kindertagestätte, Schule, Jugendarbeit und Kommune . In H. Glinka, *Kulturelle und Politische Partizipation von Kindern. Intertessenvertretung und Kulturarbeit für und durch Kinder* (S. 211-331). München : Deutsches Jugendinstitut .

Vereinte Nationen. (1990). *Übereinkommen über die Rechte des Kindes* . Berlin : Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend .

Anhang

Interview: I Transkription

Durchführung: Sophie Herrmann (I)

Interviewpartner*innen: Interviewpartner*in A und Interviewpartner*in B

I: Ja genau, wir wollen uns ja [ähm] mit der Fragestellung jetzt auseinandersetzen, inwiefern das Landeszentrum die Implementierung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung in Sachsen-Anhalt beeinflusst und [ähm] vielleicht könnten Sie [ähm] zunächst mal sagen [ähm], ja inwiefern Sie in diesem Bereich arbeiten und auch vielleicht Ihre Kommune kurz [äh] erklären. (00:00-00:24)

A: Ja [lacht], also vielleicht erstmal [ähm] zum Verständnis [äh], ich hatte, wir hatten uns ja bei der Pilotkommune beteiligt damals und [äh] da hatte ich das Projekt zusammen mit Herrn Giebler [ähm] organisiert oder durchgeführt und wurde dann damals zur Beteiligungsmoderatorin ausgebildet, weil das ja Bestandteil dieser, dieses Pilotprojekts war oder dieser Bewerbung war und nach den Jahren jetzt hat sich entwickelt, dass wir einen Jugendsozialarbeiter gesucht haben und der sitzt jetzt so zu sagen neben mir und hat die ganze [ähm] Jugendprojektarbeit mit dem Jugendgemeinderat übernommen und deswegen habe ich auch jetzt vorgeschlagen, dass wir das beide zusammen machen, dieses Interview, weil [ähm] verschiedene Punkte ja jetzt über die Vergangenheit sind und über die Zukunft, beziehungsweise jetzt sind und dann können wir das gemeinsam erledigen, ja. (00:26-01:20)

B: Mhm (01:20)

A: So hat sich das bei uns entwickelt, dass wir halt vor drei Jahren einen Jugendgemeinderat ins Leben gerufen haben und [ähm] dieser jetzt, also bei uns ist die Wahlzeit vom Jugendgemeinderat zwei Jahre und jetzt zum Jahresende wird dann halt eine Neuwahl stattfinden von diesem Jugendgemeinderat sozusagen. Ja und das macht jetzt alles Herr Schiller. [lachen] (01:21-01:42)

I: Okay, genau, also Sie gehören zur Kommune Muldestausee noch, das sollten wir vielleicht noch dazu sagen und [ähm] genau, Sie haben es ja eben schon so ein bisschen gesagt, die erste Frage wäre, welche Projekte [ähm] Sie momentan durchführen, diesen [ähm] Gemeinderat hatten Sie ja gerade schon erklärt. Könnten Sie noch ein bisschen mehr dazu vielleicht sagen? (01:43-02:07)

A: ja (02:09)

B: Ähm, also der Jugendgemeinderat [ähm] besteht insgesamt aus, aus 13 Kindern und Jugendlichen zwischen [ähm] zwölf bis, ich glaube 27, ich weiß nicht – doch 27 und [ähm] die treten auf jeden Fall mindestens drei bis vier Mal im Jahr zusammen, zur Jugendgemeinderatssitzung und besprechen halt die wichtigsten Sachen [ähm] und jeder [äh] Jugendliche in, im Ortsteil ist meistens so eine Art Multiplikator für, für den Jugendgemeinderat und [ähm] viele berichten halt auch davon, dass sie eben von anderen Jugendlichen oder Eltern [ähm] angesprochen werden, um ebenso Probleme, Schwierigkeiten, Verbesserungswünsche und so weiter [ähm] an die Jugendlichen heranzutragen und das wird dann eben [äh] auf der anderen Seiten wieder im Gemeinderat dann [ähm] besprochen. [Ähm] Bei den, bei den Projekten, was sonst [ähm] noch vom Jugendgemeinderat noch durchgeführt wird, ist eben zum Beispiel der, der Kinoabend [ähm], auch ein paar Mal im Jahr und [ähm] bei dem Kinoabend werden halt beispielsweise vorher über [ähm] Social Media [ähm] die Filme [ähm] ausgesucht, das heißt die Kinder und Jugendlichen können sich da [ähm] beteiligen, welchen Film sie dort schauen wollen [ähm] und sonst, ab und zu, ich meine wir hatten jetzt schon mal eine Graffiti-Projekt [ähm], jetzt gerade wieder, über die mobile Jugendarbeit [ähm], ja. Also das auf jeden Fall so viel zum Jugendgemeinderat. Gibt es da noch ein paar Fragen? (02:09-03:43)

I: [Ähm] Wie setzt sich denn der Gemeinderat zusammen, der Jugendgemeinderat, wie entsteht der denn? (03:44-03:49)

A: Da findet [äh…], also es wird bekannt gegeben, dass halt der Wahltermin am Tag X ist und damals war so, dass man vorher [ähm] Bewerbungen eingenommen hat, die jetzt da Interessen haben überhaupt mitzuwirken, im Jugendgemeinderat, das waren glaube ich damals ca. 27 Stück und dann hat man gesagt: „"Okay, um den Kindern und Jugendlichen halt ein Bild zu schaffen, machen wir vorab so eine Bewerbung", also mussten die 27 Leute sich vorstellen und was sie halt für die Kinder und Jugendlichen geplant haben umzusetzen [ähm] und dann gab es halt den Wahltermin X, wo per Briefwahl die Abstimmung erfolgte und dann sind halt die mit den 13 meist gewählten Stimmen in den Jugendgemeinderat gekommen und die anderen sind halt dann, also es wurde halt eine Liste gemacht, wer wie viel Stimmen erhalten hat, um halt auch eventuelle Nachfolger, ja; wenn jetzt jemand sagt „Okay, ich schaffe es nicht mehr, zeitlich", dass man dann einen Nachrücker hat, den man dann [äh], in das Amt berufen, sag ich mal in Anführungsstrichen, berufen kann. Ja, so erfolgte es damals und wie es jetzt für die Zukunft geplant ist, kann vielleicht Herr Schiller nochmal sagen. [lacht] (03:51-04:59)

B: [Mh] Naja also eigentlich, du hast es jetzt eigentlich schon ganz gut [äh] alles gesagt, im Endeffekt, der, die Wahl jetzt wird im Endeffekt genauso, genauso ablaufen. Vielleicht [ähm], ich weiß nicht, ob, weil ja damals auch an, an Schulen gegangen wurde. [04:59-05:12]

A: Ja. [05:13]

B: Um Werbung und so weiter [05:13-05:14]

A: Hat der Bürgermeister, hat damals Werbung gemacht, dass halt so einen Jugendgemeinderat vorhat zu gründen, an unseren Schulen jetzt hier im Umkreis und ja, somit kam dann das Interesse oder wurde halt erstmal aufmerksam gemacht, was man überhaupt hier gerade vorhat in der Gemeinde Muldestausee. [05:14-05:30]

I: Okay und welche Angebote des Landeszentrums Jugend und Kommune, das wir jetzt ja auch evaluieren, haben Sie zur Umsetzung des Projekts genutzt und in welcher Form hat Sie das unterstützt? [05:31-05:43]

B: [Mh] Also in Anspruch genommen wurde ja sozusagen [ähm], na die die Pilotkommune war ja sozusagen das Angebot [ähm] vom Landeszentrum und damit natürlich auch [ähm] die finanzielle Unterstützung, das ist natürlich ganz klar, um [ähm] dem Jugendgemeinderat einfach auch einen Spielraum zu geben, [ähm] um Projekte umzusetzen, das war ganz wichtig. [Ähm] Wenn man einen Jugendgemeinderat hat und man sagt: „Wir [ähm] wollen was machen für Kinder und Jugendliche und ihr könnt euch Projekte ausdenken [ähm] aber es ist kein Geld da“, dann [ähm] ja, ist meistens da nicht so viel Motivation da [ähm] und Ihre Beteiligungsmoderation wurde auf jeden Fall benutzt [ähm] als, als Angebot des Landeszentrums [ähm] und sonst. (05:45-06:32)

A: Ja, durch diese, ich sag mal finanzielle [äh] Spritze, konnten wir dann halt auch einiges optimieren, wie Herr Schiller jetzt schon gesagt hat oder erwähnt hatte, diesen Kinoabend, den wir dann halt [äh] versucht haben umzusetzen mit dem, mit dem Jugendgemeinderat und der hat dann ja die Kinder und Jugendlichen in unserer Gemeinde damit aufmerksam gemacht, was [ähm], auch sehr gut, würde ich sagen, funktionierte, also wir haben jetzt gesagt „Ja okay, wenn 10, 20 Leuten hier auf unserem Dorfleben hier [lacht] ankommen, dann ist das ja schon toll“ aber tatsächlich war es eine Anzahl zwischen 80 bis 100 Kinder und Jugendliche, die dem Angebot folgten. Das war schon so[ähm] ein positiver Nebeneffekt, wo wir gesagt haben: „Ey, hier, jetzt machen wir was richtig“ und wo auch die Jugendlichen aus dem Jugendgemeinderat motiviert waren und gesagt haben: „Da haben wir was erreicht“. Also, sie haben halt gesehen, okay da haben wir was umgesetzt, was wir möglich gemacht haben und waren dann auch ein bisschen stolz drauf und waren motivierter, um weiter zu machen. Und dann war noch ein Projekt damals, [äh] dieses erste Graffiti-Projekt, hatten wir auch [äh] durch die Finanzspritze ins Leben gerufen, wo dann auch der Jugendgemeinderat selbst mit aktiv war, unter anderem, einige davon und auch einen Aufruf gemacht haben: „Hier, ihr Sprayer, jetzt wird [äh] legal gesprayt und wir machen was positives“, was jetzt auch zum Beispiel [ähm] bei unserer Einfahrt in die Gemeindeverwaltung jeder wahrnimmt, weil das ist halt vorne an der Straße und man sieht halt, okay hier ist eine Einheit und da wurden halt so Wappen von jedem Ortsteil drangesprayt [ähm], mit den Kindern zusammen und natürlich jemanden Erfahrenes und es ist halt, sieht man halt jetzt jeder, jeder der kommt [ähm], wird damit konfrontiert und das halt auch was, was der Jugendgemeinderat, also sozusagen, was die Krönung war, erreicht hat. Und die sehen dann sich selbst auch, dass sie da wieder was erfolgreich gemeistert haben. Ja, das wäre so also, was das ganze beschreibt, sage ich mal. [06:33-8:29]

I: Ja, das hört sich doch auch sehr vielversprechend an, wie Sie das so erzählen und [äh] wenn Sie sich jetzt überlegen: hätte das Landeszentrum Sie in irgendeiner Art und Weise noch unterstützen können? Hätten Sie sich noch irgendwas gewünscht, Ihnen weitergeholfen hätte? [08:30-08:45]

A: Also übergebe ich das Wort jetzt wieder an Herrn Schiller, weil er… [08:47-08:50]

B: Also was ich, was ich glaube oder was wir auch besprochen hatten, [ähm] zu zweit [ähm], was immer nicht schlecht wäre, wenn es [ähm] immer nochmal wie eine Art, naja, ne Art Newsletter gebe, wo regelmäßig Fördermöglichkeiten existieren; also was ist für die Kinder- und Jugendbeteiligung gerade so möglich, [ähm] sei es finanziell oder materiell, [ähm] wo man einfach auch, ja regelmäßig Updates bekommt: was gibt es gerade für Möglichkeiten? Welche Projekte könnte man mit den Kindern und Jugendlichen [ähm] auf die Beine stellen? Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es? Weil, ich mein, wenn man selber im Internet schaut, [ähm] findet man, glaube ich, nur einen kleinen Teil. [08:50-09:32]

I: Mhm [09:32]

B: Und das Landeszentrum selber ist ja schon so ein, so ein Knotenpunkt von einem Netzwerk, [ähm] führt auch überall hin, wo es geht, [äh] und glaube, da ist es sinnvoller, man zapft [ähm] diesen einen Knoten an, bevor man selber so einzelne Punkte raussucht. Dass man einfach ein paar, ein paar Updates bekommt, sei es per E-Mail oder per Post oder was auch

immer [ähm] aber einfach mal so einen regelmäßigen Überblick. Es kann ja auch nur einmal im Jahr sein, aber sowas, dass man einfach mal so leichter [ähm] up to date ist, was so Finanzierungsmöglichkeiten von Projekten anbelangt. [09:33-10:11]

A: Ja, ich finde das nämlich auch ganz wichtig, weil, ich sag mal, man kann Sponsoren suchen oder irgendwelche, ja hier, Unterstützer in der Nähe aber man hat ja dann mal was aber man kann den ja nicht jedes Jahr sagen „Jetzt brauchen wir mal was, jetzt brauchen wir mal was." und das ist halt, das ist der Fakt, dass würden die Jugendlichen machen, auf die Firmen drauf zugehen aber die können das ja nicht jedes Jahr machen und somit [ähm] muss man halt wirklich irgendeine Lösung finden, dass man halt Fördertöpfe zur Verfügung gestellt bekommt, was ja dann Aufgabe auch mehr von der Verwaltungsseite her ist, um da Fördermittel einzureichen in gemeinsamer Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen [ähm] aber das wäre halt auch ganz wichtig [unverständlich (..)]. Und was wir uns halt auch noch so überlegt haben, es ist, [ähm] zurzeit ist ja diese Jugend, Kinder- und Jugendarbeit, sage ich mal eine freiwillige Aufgabe in den Kommunen. Vielleicht kann natürlich dieses Landeszentrum [ähm] gemeinsam mit irgendwelchen Vertretern [äh] erreichen, dass diese Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen vielleicht sogar als Pflichtaufgabe wird. [Ähm] Dass das, das Land erstmal beschließt, Land Sachsen-Anhalt oder sogar [ähm] Deutschland, dass das halt als gesetzliche Pflichtaufgabe für die Kommunen wird, weil jetzt kann es natürlich dazu kommen, dass eine Kommune sagt: „Okay, wir haben keine Gelder mehr; Jugendgemeinderat, wir müssen euch jetzt auflösen, wir können das nicht mehr [äh] stemmen, weil das eine freiwillige Arbeit ist und wir müssen gucken, wo wir unseren Haushalt sparen". Wird es zur Pflichtaufgabe, dann ist es natürlich so, dann müsste die Kommune Geld dafür einplanen und kann Projekte umsetzen und ich finde das auch ganz wichtig, um die Kinder und Jugendlichen auch hier in der Region zu halten. [10:12-11:48]

P.S.: Mhm [11:48]

A: Vor allem auch etwas für die anzubieten. Und das finde ich, was das Landeszentrum Jugend und Kommune erreichen könnte. Aber das wäre vielleicht auch ein richtig großer Schritt, wenn man das erstmal Sachsen-Anhalt weit sieht, [ähm] weil dann kann man sagen: „Okay, Sachsen –Anhalt ist die erste, [äh] erste Bundesland, was zur Pflichtaufgabe das vielleicht macht. Und dann so ein Beispiel- [äh] Bundesland wird oder sowas, ja. Das fände ich vielleicht nicht schlecht, als großes Ziel. [lacht] [11:49-12:17]

I: Ja, sehr gut. [Ähm] Okay, also Sie haben es ja auch zwar schon so ein bisschen gesagt, aber welche Ziele verfolgen Sie denn noch weiterhin [ähm] in Ihrer Kommune in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung und wie könnte da zukünftig die Unterstützung auch aussehen vom Landeszentrum? [12:18-12:35]

B: [Ähm] Also wir wollen natürlich in unserer Kommune den Jugendgemeinderat natürlich immer weiter voranbringen, also das ist jetzt die erste Wahlperiode ist jetzt [ähm] fast vorbei, [ähm] ja oder Amtsperiode und [ähm] wir werden jetzt halt schauen bei der nächsten, wie, wie viele Bewerber sich melden und wie hat denn der Jugendgemeinderat Wirkung auf die ganze Gemeinde. [Ähm] Und durch die finanzielle Unterstützung wollen wir natürlich auch, dass der Jugendgemeinderat immer weiter auch Projekte durchführen kann. Und [ähm] deswegen ist es glaube ich auch so ein bisschen das Ziel, dass man als Kommune sagt: „Wir planen ein festes Budget auch ein für den Jugendgemeinderat, damit die Jugendlichen auch einfach motiviert an die Sache rangehen können.". [Ähm] Ein weiteres Ziel ist glaube ich, dass immer mehr Kinder und Jugendliche in der Gemeinde überhaupt beteiligt werden sollen, [äh] dass man den Jugendgemeinderat auch immer weiter und immer präsent in den Medien hat, bei Social Media, in Schulen [ähm] und jetzt auch ich [äh] als, als [äh] Jugendsozialarbeiter das auch immer zu streuen, [ähm] ja, was, was haben wir noch für Ziele? (12:36-13:53)

A: Ja vielleicht, um nochmal ein bisschen auf die Unterstützung vom Landeszentrum zu kommen: was natürlich auch unsere Aufgabe unter anderem ist, haben wir jetzt schon [ähm] zusammen überlegt heute, den Jugendlichen vielleicht überhaupt eine Möglichkeit [ähm] oder eine Schulung, so etwas in der Art zu geben [ähm]: wie kommuniziere ich richtig? Also das Problem ist einfach [ähm], die Kinder trauen sich vielleicht nichts zu sagen, weil sie Angst haben: „Okay, ich bin da vielleicht an der falschen Stelle" aber um die Angst zu nehmen: „Hey, ihr könnt jetzt was erreichen, bringt es doch einfach ein und andere müssen ja prüfen, ob das möglich ist oder nicht". Dass man da vielleicht so eine, wie löse ich das kommunikativ richtig, ich meine dafür sind zwar auch die Beteiligungsmoderatoren zuständig aber wir können, also es ist immer schwierig, die Kinder zu ermutigen, was anzubringen. Und dass man da sagt: „Wir nehmen euch die Angst durch irgendeine Schulung, wir lösen das gemeinsam", sowas vielleicht irgendwie zu strukturieren und vor allem auf Standortebene. Also es bringt jetzt nichts, wenn wir sagen: „Okay, in Magdeburg ist da vielleicht was aber ich kriege die Kinder gar nicht bis dahin transportiert", dass man das halt vielleicht irgendwie löst, dass das Ortsnah [ähm] angeboten wird. Sowas halt, ja. [13:54-15:06)

I: Ja. (15:06)

B: Mhm (15:06)

A: Wie spreche ich jetzt mit dem Bürgermeister richtig? Oder sowas oder ja, so in der Art, das wäre vielleicht noch eine kleine Unterstützung oder, wo man halt diesen Druck von den Kindern nimmt, der vielleicht ja eventuell vorliegt, das kann man ja

immer nur vermuten aber das wäre vielleicht immer noch so eine kleine Hürde, die man gemeinsam lösen könnte. (15:07-15:28)

I: Okay, ja. Sehr, sehr interessant, was Sie so sagen, so jetzt auch für die Evaluation auf jeden Fall sehr hilfreich und [ähm] ja, sie sehen es ja, das waren erstmal meine Fragen aber wenn Sie noch irgendwelche Anmerkungen haben, irgendetwas, was Sie sagen wollen, dann können Sie das auch gern noch machen. (15:30-15:47)

A: Vielleicht wäre es, ich weiß jetzt nicht, fürs Landeszentrum auch mal [ähm] schön zu sehen, wie wir arbeiten und Sie vielleicht mal in so eine Jugendgemeinderatssitzung einzuladen oder noch andere Mitarbeiter oder so, die jetzt vielleicht auch diese Beteiligungsmoderation ausgebildet haben oder so, dass man halt mal sieht, wie läuft das vielleicht bei uns ab und wie, vielleicht sehen Sie auch was ganz anderes, was haben die Kinder und Jugendlichen noch für eine Hemmschwelle, warum das vielleicht nicht, also wir sehen das vielleicht auch aus einer anderen Perspektive aber Sie sehen das vielleicht nochmal aus einer ganz anderen Perspektive, wo man dann noch dagegen arbeiten könnte oder dafür, sag ich mal, nicht dagegen. Dafür arbeiten könnte, also ja. Dann kann man auch mal zum Beispiel, wenn Sie jetzt bei uns beim dem Jugendgemeinderatssitzungstermin vielleicht zeigen, okay die Projekte, das, das, das, haben wir jetzt gerade mit den Kindern und Jugendlichen aus unserer Region gemacht, weil Herr Schiller ja gerade auch noch mal so ein Graffiti-Projekt leitet, dann kann man das auch mal anschaulicher zeigen, vielleicht hilft das Ihnen auch als, vielleicht als Bildmaterial für „Das hat Gemeinde Muldestausee als Pilotkommune erreicht“ oder sowas. Das könnte man vielleicht noch anbieten. Wenn denn das Interesse besteht, können wir gerne mal einen Termin vereinbaren. (15:52-17:06)

I: Okay, dann werde ich das [ähm] auch mal im Rahmen der Evaluation an das Landeszentrum so weiterleiten. Ich denke, dass die immer daran interessiert sind, auch das weiterzuentwickeln, vor allem auch so wie Sie sich das vielleicht vorstellen.

A, B: Ja (17:20)

I: Okay, gut. Dann wäre es das von meiner Seite auch erstmal gewesen und [ähm] ich bedanke mich, dass Sie mitgemacht haben, dass Sie so viel auch erzählt haben und [ähm] ja, ich denke das wird uns sehr weiterhelfen. (17:21-17:33)

A: Ja gerne (17:34)

B: Schön. (17:35)

Interview: Ⅱ Transkription

Durchführung: Sophie Herrmann (I)

Interviewpartner*in C

I: Okay, also wir wollen uns ja heute mit der Fragestellung beschäftigen, inwiefern das Landeszentrum die Implementierung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung in Sachsen-Anhalt beeinflusst oder in Kommunen in Sachsen-Anhalt und zunächst würde ich Sie einmal bitten, sich vielleicht kurz vorzustellen und das Projekt, dass Sie in Ihrer Kommune durchführen. (00:00-00:21)

C : Ja, Janine Rösicke, ich arbeite beim Verein Kinder Stärken e.V. als Projektkoordinatorin und bin da hauptsächlich in dem Projekt der Kinder- und Jugendinteressenvertretung [ähm] angestellt und hab da in den vergangenen Jahren schon, ja diesen Forschungsprozess begleitet, also was für Erwartungen haben Kinder und Jugendliche an so eine Interessenvertretung, was haben Erwachsene Akteure für Erwartungen und das wurde dann halt immer stetig weiterentwickelt, um das halt jetzt hier in der Kommune von der Hansestadt Stendal zu implementieren. Und haben jetzt da seit letztes Jahr Mai das Projekt [ähm] erhalten, was ich dann betreue und das geht jetzt erstmal für die nächsten zwei Jahre, um da die Strategie da eben auch zu entwickeln und gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen auch zu gucken: Wie können die sich beschweren? Wie kann das halt konkret wirklich implementiert werden? Und das halt damit stetig mit aufzubauen. (00:21-01:19)

I: Okay und welche Angebote des Landeszentrums haben Sie bisher genutzt zur Umsetzung Ihres Projekts und in welche Form hat Sie das unterstützt? (01:21-01:30)

C: Also wir haben es ja 2018 für unsere Beteiligungsmethoden benutzt, also wir hatten das Pilotprojekt von der Hansestadt Stendal, die sich drauf beworben haben und das an uns sozusagen als ausführende [äh] ausführenden Verein abgegeben haben und haben da in Workshops mit Kindern und Jugendlichen diese Beteiligungsmethoden erhoben, also: Wie möchten sie konkret beteiligt werden? Welche Methoden und Instrumente brauchen sie dafür? Und [ähm] haben da eben auch die fachliche Beratung, also nicht nur die finanziellen Mittel, sondern auch die fachliche Beratung des Landeszentrums in Anspruch genommen und im, im Prinzip war es diese Strukturierung des Großen und Ganzen eben ganz wichtig und [ähm] die enge Begleitung war halt auch sehr hilfreich, also gerade auch bei den Workshops, die wir dann mit Studierenden zusammen erarbeitet haben, war es halt ganz hilfreich das da eben das Landeszentrum auch immer wieder Impulse mit reingegebenen hat: was ist jetzt dafür wichtig?[ähm] Welche Methoden eigenen sich vielleicht auch ganz gut dafür? Oder [ähm] ja, den Weitblick nochmal zu haben: woran muss man vielleicht noch denken? Weil man ja doch in seinen Projekten immer sehr ja, engstirnig würde ich jetzt nicht sagen aber schon immer so seine Scheuklappen hat und nicht so weiß: okay, [ähm] wie können wir vielleicht auch von, von anderen Projekten profitieren, die schon stattgefunden haben.? (01:32-02:56)

I: Und, gibt es denn noch etwas, was Sie sich noch wünschen würden, was Ihnen vielleicht noch weitergeholfen hätte? (02:58-03:03)

C: Also im Prinzip wäre es jetzt für uns wichtig gewesen, glaube ich, diese [äh] Strategieentwicklung, die, also wir haben ja dann die Methoden erhoben, dann wurde das im Stadtrat beschlossen: okay, es gibt jetzt diese Person als Kinder- und Jugendinteressenvertretung, die das hier in Stendal durchführen soll und da halt jetzt nochmal diese Strategieentwicklung: wie kann das Projekt jetzt tatsächlich weiterlaufen? Woran muss man vielleicht irgendwie denken? [ähm] Was wir jetzt nicht so auf dem Schirm haben. Also diese komplette Strategieentwicklung im Nachhinein dann, also im Nachgang des Pilotprojekts. Und dann eben auch so [ähm], wenn ich mir jetzt vorstelle: ich sitze im Stadtrat und muss irgendwen nochmal von, von dieser Kinder- und Jugendbeteiligung überzeugen, also da halt auch fachlich begleitend nochmal mit dabei zu sein oder eventuell auch bei Terminen mit, mit dazuzukommen, sozusagen. Und [ähm] ich mach halt konkret auch so Weiterbildungsangebote für, für Fachkräfte, also das soll jetzt halt noch ausgebaut werden und da könnte ich mir halt auch vorstellen, dass das halt vielleicht auch nochmal sowas wäre, dass man sagt: das Landeszentrum hat halt zu bestimmten Themenblöcken irgendwie Weiterbildungsangebote und wir können einfach uns hier im Raum Stendal vernetzen und sagen: hier, Fachkräfte aus Kita, Hort oder so, ihr könnt da eine Weiterbildung vom, vom Landeszentrum besuchen, genau zu diesen Themen. (03:03-04:27)

I: Okay also, dass Sie da einfach eine Unterstützung hätten, inwiefern man so etwas aufbauen könnte? (04:29-04:33)

C: Genau [04:33]

I: Okay. [Ähm] Und welche Ziele weiterhin in Ihrer Kommune in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung? Und wie könnten Sie sich vorstellen, dass das Landeszentrum Sie da noch weiter unterstützt? (04:34-04:48)

C: Also wir haben ja jetzt konkret eine Dienstanweisung erarbeitet für die Hansestadt, um eben konkret festzulegen: wie sollen Kinder und Jugendliche beteiligt werden? Und sobald das dann steht, ist es dann wirklich konkret nochmal zu gucken: wie können wir wirklich [ähm] ja, das so fest verankert, dass es halt wirklich für Kinder und Jugendliche nutzbar ist, dass es halt auch tatsächlich genutzt wird [ähm], das ist jetzt halt so die, die Strategieentwicklung, die jetzt so im nächsten Jahr auch nochmal ansteht nachdem dann diese Dienstaganweisung endlich steht und ich glaube da wäre es halt ganz wichtig, wie ich am Anfang schon gesagt hatte, so die Strategieentwicklung: wie kann das Projekt jetzt tatsächlich weiterlaufen? Da halt nochmal Beratung in Anspruch zu nehmen, könnte ich mir halt gut vorstellen und immer wieder auch nochmal so ein bisschen mit, mit neuen Methoden und neuen Ideen irgendwie [ähm] gefüttert zu werden, weil man da ja doch irgendwie so in seinem Schleim so drinsteckt und sagt so: Ja okay, das haben wir jetzt schon gemacht. Und man hat halt in, in dieser Projektarbeit immer wenig Zeit sich tatsächlich auch noch näher mit anderen Sachen zu beschäftigen, da ist es halt gut, irgendwie Input von außen zu kriegen. Genau (04:49-06:01)

I: Und was würden Sie denn sagen, inwiefern das Projekt jetzt schon genutzt wird von den Kindern und Jugendlichen? (06:01-06:07)

C: Also es wird tatsächlich gut genutzt, dadurch, dass wir das Jugendforum ja auch hier in Stendal haben und die Kids, die dort drin sind das ja auch immer so ein bisschen weitertragen und halt punktuell immer so Projekt und Angebote gemacht werden, die gut genutzt [äh] werden können. Aber es ist nicht so, dass tatsächlich, glaube ich, alle Kinder und Jugendlichen hier in Stendal wissen: ah, da gibt es [äh] eine Kinder- und Jugendinteressenvertretung. (06:08-06:30)

I: Hm (06:30)

C: Wenn ich irgendwie mich hier in dem Raum Stendal beteiligen möchte, dann geh ich einfach zu der hin und [ähm] kann mir da halt irgendwelche Infos holen oder mich beschweren, das ist halt, muss tatsächlich nochmal öffentlichkeitswirksamer gestaltet werden. Also obwohl wir da, glaube ich, was, was die Ö.A. angeht, relativ gut aufgestellt sind aber der, ja der konkrete Kontakt zu Kindern und Jugendlichen könnte, glaube ich, noch ein bisschen besser sein. Also es ist dann halt auch im nächsten Jahr angedacht, irgendwie so Werbung auf Busausweisen zu machen, damit man dann halt irgendwie auch die ganzen Ortsteile mit erreicht aber es ist halt als einzelne Person schwierig, irgendwie für die ganze Hansestadt und die Ortsteile irgendwie zuständig zu sein und dass bei jedem Kind irgendwie so auf den Schirm zu bringen. Ich glaube, das braucht halt einfach auch noch [ähm] einfach Zeit, bis, bis das halt angekommen ist. Genau. (06:31-07:23)

I: Also Sie denken, dass die größte Hürde ist, dass die Kinder es teilweise einfach noch nicht wissen? (07:23-07:27)

C: Genau (07:28)

I: Okay. (07:29)

C: Ja. (07:30)

I: Ja genau, also ich wäre mit meinen Fragen jetzt soweit durch aber wenn Sie noch etwas sagen wollen zu dem Projekt, irgendetwas, was wichtig wäre, dann könnten Sie das jetzt noch machen. (07:31-07:40)

C: Hm. Nö, wüsste ich jetzt nicht. Also das Landeszentrum ist ja jetzt im Prinzip dadurch, dass es jetzt bei uns eben auch mit angesiedelt ist, sehr sehr eng betraut mit, mit dem Projekt. Also wenn es da nochmal irgendwas, Nachfragen gibt oder so, könnt ihr auch nochmal auf mich zukommen. [lacht] (07:40-07:58)

I: Alles klar. Vielen Dank. (07:58-07:59)

Interview: Ⅲ Transkription

Durchführung: Sophie Herrmann (I)

Interviewpartner*in: D

I: Genau, also wir wollen uns ja heute damit auseinandersetzen, inwiefern das Landeszentrum Jugend und Kommune die Implementierung kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunen in Sachsen-Anhalt beeinflusst. (00:05-00:18)

D: Mhm (00:19)

I: Und meinte erste Frage an Sie wäre erst einmal [ähm], welche Projekte Sie vorstellen in Ihrer Kommune und die vielleicht auch mal kurz vorzustellen und sich selbst auch. (00:20-00:29)

D: Gut [ähm], wir haben [äh] ein Jugendforum in unserer Kommune [äh], welches entstanden ist, also unsere Kommune ist [ähm], besteht aus 15 Ortsteilen, also 15 Ortschaften und hat [ähm] knapp 2000 Einwohner und wir haben ein, ein Jugendforum installiert als, als [äh] Jugendprojekt oder als Projekt zur Jugendbeteiligung, ganz konkret und dieses Jugendforum hat [äh] Ideen entwickelt, wo es konkret an Angeboten für Jugendliche fehlt. Und das haben die dann ein bisschen priorisiert und dann haben wir unter Teilnahme an dem [ähm] Modellprojekt [äh] Jugendbeteiligung und Kommune, praktisch [äh] das das für Jugendlichen wichtigste Vorhaben umgesetzt; das war der Bau eines [äh] festen, die Einrichtung eines festen Jugendtreffs, das haben wir dann als Containerlösung realisiert. Genau so, ist also so, sozusagen einmalig passiert und kann dann ja dauerhaft genutzt werden, mit dem Jugendtreff, das Jugendforum existiert unabhängig davon weiter und ist natürlich auch weiterhin gern eingeladen [äh] Anregungen zu geben, wo es Jugendlichen fehlt. Und so weiter. (00:32-01:55)

I: Okay und [ähm] wie hat sich quasi dieses Jugendforum gebildet? Also wie sind Sie rangegangen? Wie haben Sie das zusammengestellt? (01:58-02:08)

D: Ich denke da muss man sehen, dass es sich ja um eine relativ überschaubare [ähm] Gemeinde handelt bei uns, beziehungsweise auch um eine relativ überschaubare Anzahl an Kindern und Jugendlichen und genauso sind wir auch rangegangen: wir haben also die Kinder und Jugendlichen bei uns in der Gemeinde [ähm] im Alter von, ich glaube elf bis, bis 18 Jahren, wie auch immer [ähm], alle angeschrieben, haben von diesem Projekt oder von der, von der Möglichkeit dieses Projektes [ähm] erzählt und haben ganz gezielt auch eingeladen zu dem Start [ähm] zu einer, zu einer Auftaktveranstaltung sozusagen, ja. Und daraus, aus dieser Auftaktveranstaltung hat sich dann das Jugendforum gebildet mit den Interessierten. (02:10-02:54)

I: Okay. Und [ähm] das Landeszentrum hat Sie, also inwiefern hat Sie das Landeszentrum so bei der Umsetzung unterstützt? Welche Angebote haben Sie angenommen? (02:56-03:05)

D: Die, ich sag mal grundsätzlich erstmal wichtigste Unterstützung, war natürlich der Aufruf, sich am Modellprojekt zu beteiligen, also eine Projektidee zu entwickeln, sich zu bewerben und das war für uns [äh] die Initialzündung für die Arbeit und [äh] auch die, sagen wir mal, tatkräftig oder [äh] ja, kräftigste Unterstützung, wichtigste Unterstützung an der Stelle. [ähm] weil natürlich das auch verbunden war mit finanzieller Unterstützung [äh], das hätten wir sonst in dem Umfang nicht gleich als Gemeinde auf einmal zu realisieren können. [Ähm] Ansonsten gab es ja auch die, die [ähm] na die Ausbildung, wenn man das so sagen möchte, Weiterbildung, wie auch immer, zum Beteiligungsmoderator, wo natürlich viele Informationen geflossen sind, wo eine Vernetzung zu anderen Modellkommunen stattgefunden hat, et cetera. Und auch sonst [ähm] gibt es ja Angebote, die das Landeszentrum vorhält, um [ähm] ja, entweder sich weiterzubilden oder sich, sich miteinander zu, zu vernetzen. Die nutzen wir nicht alle aber zum Teil natürlich auch mit [ähm], ja, genau [ähm]. So viel vielleicht erstmal zur Unterstützung. (03:08-04:27)

I.: Und bei der Durchführung, hätten sie sich eventuell noch andere Gebote, Angebote gewünscht, die Ihnen dabei geholfen hätten, bei dem Jugendforum, bei der Umsetzung des Jugendforums? (04:29-04:40)

D: Ich will mal sagen, für die, für die Phase der Installation des Ganzen, wo man so angefangen hat und ausprobiert hat: was funktioniert wie? [ähm] Da hätten wir sicher nicht unbedingt mehr Unterstützung [äh] gebraucht. Wir hatten uns über die Mittel, die wir da zur Verfügung hatten, einen [ähm] auf Honorarbasis, pädagogische Begleitung auch [äh], praktisch ins Haus geholt, eingekauft, die dann das Ganze unterstützt hat; anders, also ohne, wäre es nicht gegangen. Aber das konnten wir ja realisieren über die zu vorhandenen Projektmittel. [ähm] Ich sag mal jetzt, ferner hin, also um das Ganze hinauszuführen, wäre natürlich [äh], genau das ist so der Knackpunkt, würde ich sagen [ähm], das wäre hilfreich, wenn man, wie auch immer, eine, sagen wir mal, sehr spärliche aber dennoch irgendwo vorhandene Begleitung dieser Jugendlichen im Jugendforum [ähm] auch weiterhin realisieren könnte. Nicht in der Form, dass man sagt: „Da ist jetzt jemand ständig für die da“, das ist nicht umsetzbar, gerade auch in so kleinen Kommunen aber vielleicht in der Form, dass man sagt: „Es gibt einen

Ansprechpartner, an den sich die Jugendlichen wenden können, wenn sie irgendwie Bedarf haben oder Probleme haben. [Ähm] Wie auch immer, sei es, dass das über die Landschaft des Jugendamtes selber mit [äh], dass das dort irgendwie implementiert wird oder wie auch immer, das wäre, denke ich, schon hilfreich, weil die Erfahrung gezeigt hat [ähm]: je mehr dort auch angeleitet wird, in der Form, dass mal jemand eingeladen wird zu einem Treffen oder jemand mit dabei ist [äh] oder das eben die Jugendlichen nochmal so einen Impuls kriegen, sich zu motivieren [äh], das funktioniert immer besser, als wenn man sie sich dann komplett selber überlässt. (04:43-06:26)

I.: Und inwiefern würde das Landeszentrum das unterstützen, also was denken Sie, wie würde da das am besten aussehen, wenn Sie dann selbst jemanden stellen oder Ihnen da finanzielle Mittel zukommen lassen. Wie könnten Sie sich vorstellen, wie man das umsetzen kann? (06:27-06:42)

D: Also vorstellen kann ich mir vieles, [äh] die Frage ist nur, was realistisch ist. [ähm] Sicher kann das Landeszentrum aus Stendal von Stendal heraus oder [ähm] der Hochschule heraus schlecht [äh] Personal irgendwie abstellen für alle kleinen Jugendclubs im Land. Aber [äh] uns, also es kann auch nicht überall immer wieder Geld geben, so die, die sagen wir mal vielleicht realistischste Variante wäre eventuell ja, dass man doch [ähm] die, die Öffentlichkeitsarbeit auch in Richtung Jugendämter immer noch mal ein Stück [äh] verstärkt, vielleicht auch über das Land selbst [äh], über die Institutionen, Ministerien, dass die Jugendämter da [äh] nochmal ein Stück weit auch offiziell gebrieft sind, dass es das gibt in dieser Landschaft hier in Sachsen-Anhalt und dass da entsprechend [ähm] die Bedarfe vielleicht auch da sind, vielleicht in Zukunft sogar noch ein bisschen wachsen, also die Bedarfe nach [äh] der Bereitstellung von Ansprechpersonen für Jugendliche [ähm], um, um dort vielleicht wie gesagt über die Jugendämter, die Träger der [äh] der öffentlichen Jugendhilfe sind in ihrem Bereich jeweils [ähm] das heißt, da gibt es ja ohnehin auch über, über bestimmte Pauschalen [ähm] Geld für, für, für Personal in diesem Bereich. Ob die dann bei freien Trägern beschäftigt sind oder wie auch immer [ähm] aber, dass die Jugendämter ein bisschen, noch ein bisschen sensibilisierter dafür sind und ich sag mal, vielleicht, wenn das, so wie ich mir das vorstelle, könnte das schon auch klappen, dass man da mit relativ wenig Aufwand niedrigschwellig einfach irgendwo aus dem nahegelegenen, da wo der nächste Festangestellte [äh], sagen wir mal, Jugendsozialarbeiter ist, dass der [äh] die Handynummer mit raus gibt für diese Jugendlichen und dann können die sich zum Beispiel an den wenden, wenn irgendwie Not am Mann ist und der hat dann zwei, drei Stunden im Monat, die er im Zweifelsfall damit aufwenden kann. So, das wäre zum Beispiel ein Gedanke, wo nicht irgendwie jetzt ganz viel zusätzlich Geld fließen müsste oder ja. (06:43-08:41)

I.: Also Unterstützung so ein bisschen im Sinne der Netzwerkarbeit vielleicht oder ja, einfach so Strukturen zu schaffen vom Landeszentrum aus. (08:42-08:51)

D: Genau, beziehungsweise die bestehenden Strukturen [äh] anzubinden. (08:52-08:56)

I.: Mhm (08:57)

D: An die Arbeit des Landeszentrums, so ein Stück weit, ja. (08:57-09:00)

I.: Okay. Ja, Sie haben das ja eben schon so ein bisschen gesagt [ähm], was Sie sich noch so vorstellen könnten aber allgemein: was verfolgen Sie denn in Ihrer Kommune noch so für Ziele in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung und ja, das haben Sie zwar schon erwähnt aber wie könnte das Landeszentrum Sie dann da vielleicht noch unterstützen? (09:01-09:17)

D: Ein Ziel ist auf jeden Fall der, der kurze Draht, da hat das Projekt auch schon viel bewirkt, dass die Jugendlichen so eine gewisse Scheu verlieren. Also zum Beispiel auf den Gemeinderat oder auf mich als Bürgermeister zu zugehen und zu sagen: „Wir könnten uns das oder jenes noch vorstellen oder wünschen.“, wie auch immer. [Ähm] Also so ein kurzer Draht zueinander, dass man irgendwie auf Augenhöhe [ähm] miteinander reden kann. Da hat das [äh] Projekt schon viel bewirkt und das ist sicher was, was für die Zukunft [ähm] erhalten bleiben soll. Ich meine Jugendliche, wie wir alle, werden älter, nutzen irgendwann vielleicht die Einrichtung oder die [äh] Angebote nicht mehr und dann ist auch das Ziel, dass andere nachkommen und dass die es genauso halten, also auch dann sehen, die Gemeinde ist dafür da, auch als Ansprechpartner für die Jugend zu fungieren und da entsprechend auch [ähm] die Bedarfe wahrzunehmen und nicht irgendwie ganz weit weg und unerreichbar. Das ist [äh] so eine Sache; wünschenswert wäre natürlichen eben, dass dann auch Engagement bleibt, das heißt, wenn die Jugendlichen sagen: „Das und das könnten wir uns vorstellen, das würden wir uns wünschen, das wäre noch ein bisschen [äh], das wäre hilfreich, wenn das für uns gemacht werden würde “ [äh], dass sie sich dann eben da auch [äh] an uns wenden, also dass sie sich auch weiterhin einen Kopf machen und nachdenken: „Was braucht es in der Gemeinde für Jugendliche“ und [ähm] nicht sozusagen das [äh] so hinnehmen, wie es ist und sagen. „Wenn alles gut ist, ist alles gut.“ Ja [ähm]. Und im ländlichen Raum haben wir ja sowieso das Problem oder es läuft ja vieles außerhalb, es läuft ja schulisch, läuft das meiste dann sowieso nicht in unserer Gemeinde aber eben alles, was außerschulisch ist, dass wir da auch als Ansprechpartner da sind, ja. Ja und mit der Unterstützung, [ähm] das hatten wir ja, das hatte ich ja im vorherigen Punkt so ein bisschen mitgesagt [ähm] ist [äh] das ist sicher ein Punkt, der, den man vielleicht mal weiterverfolgen könnte, inwiefern die bestehenden Strukturen noch ein bisschen besser sensibilisiert werden könnten für die Arbeit [äh], die so Land auf, Land

ab überall läuft. [ähm] Und ansonsten ist natürlich immer spannend [äh], wenn das Landeszentrum irgendwie welche Projektaufrufe wieder hat und ja [äh] man in anderer Form miteinander was machen kann und sich vernetzen kann, dass man da informiert wird. Ich meine die Zeit ist immer knapp aber das war bis jetzt auch immer lohnenswert, wenn man da gemeinsam was gemacht hat. (09:19-11:51)

I.: Okay. Ja, sehr schön. Und [ähm] meine Fragen wären das jetzt erst einmal aber ich würde Ihnen trotzdem [ähm] noch die Möglichkeit lassen, ob Sie vielleicht allgemein selbst noch Anmerkungen haben oder [ähm] ja, vielleicht irgendwelche Kritik, die jetzt durch die Fragen vielleicht nicht so aufgegriffen wurde. (11:54-12:08)

D: Ich find es auf jeden Fall ganz toll, was dort gemacht wird im Landeszentrum; aus meiner Sicht ist das [ähm] ein ganzes Stück weit Pionierarbeit, was so in diesem Bereich [äh] sowohl in dem forschenden Bereich, was diese frühkindliche [äh] Sache angeht, also eben, was jetzt ganz explizit dieses Thema Partizipation betrifft, auch mit der Initiative, dass im Gesetzestext im Landesgesetz so festzuschreiben [ähm], Jugendbeteiligung [ähm] also, empfinde ich als Pionierarbeit und somit ganz wichtig, ganz wertvoll. [Äh] Das ist sozusagen auf jeden Fall ein Lob, was [ähm], was so mein, mein Eindruck ist aus den letzten zwei Jahren [ähm] der Zusammenarbeit und für uns hat es als Kommune [ähm] einen ganz wichtigen Impuls gesetzt, wie gesagt, der muss auch, das muss auch weitergehen und es muss auch weiter irgendwie funktionieren aber dieser Impuls als Initialzündung war notwendig und hat uns sehr gut getan, um überhaupt [äh] in dieser Richtung in eine Spur zu kommen, um eine Arbeit aufzubauen. [Ähm] Das als, als positiv [äh], negativ weiß ich nicht, wir sind ja als Modellkommune, Projekt [ähm] auch Mittelempfänger dann gewesen und insofern [äh] habe ich mich da auch von der Sache her wenig kritisch mit dem Landeszentrum an sich auseinandergesetzt, also dann eher geguckt, wo bei uns vor Ort, wie es bei uns vor Ort funktionieren kann, von daher habe ich keine negative Kritik. (12:11-13:44)

I.: Okay. Ja [äh] gut, dann erst einmal vielen Dank für die Beantwortung der Fragen. (13:45-13:51)

D: Gerne. (13:52-13:53)

Interview: IV Transkription

Durchführung: Sophie Herrmann (I)

Interviewpartner*in: E

I: Welche Projekte zur kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung führen Sie in Ihren Kommunen durch? Bitte erläutern Sie diese kurz.

E: Im Sinne der Bedarfs- und Problemanalyse wurden Workshops mit Jugendlichen durchgeführt. Hier wurden gegenwärtige Anliegen, Wünsche und Vorstellungen der jungen Menschen herausgestellt und gemeinsam diskutiert. Anschließend wurden Austauschrunden mit regionalen Politker*innen, Entscheidungsträger*innen und Jugendlichen organisiert, um sich dieser Themen anzunehmen sowie verschiedene Blickwinkel einzunehmen. Alle Prozesse wurden durch die Beteiligungsmoderatorin moderiert, dokumentiert und weitestgehend transparent festgehalten.

Thematisch wurde zielorientiert gearbeitet. Es wurden immer wieder kleine Projekttreffen realisiert für die entsprechende Rückkopplung, Orientierung und perspektivische Herangehensweise, sodass hier aufeinander aufgebaut wurde.

Konkrete Projekte waren thematische Workshops (bspw. zu mobilen „Freiräumen“), die Mitwirkung am sogenannten „Befreiungsfühstück“ zum Tag der Befreiung, die Gestaltung und der Umbau einer Parkbank zum Jugendtreffpunkt, Beiwohnen der Bürgerfragestunde im Rahmen der Stadtratssitzung usw..

I: Welche Angebote des Landeszentrums haben Sie zur Umsetzung Ihres Projektes genutzt? In welcher Form haben diese Sie unterstützt?

E: Ich habe im Rahmen des Projektes die Ausbildung zur Beteiligungsmoderatorin absolviert. Weitere Unterstützung durch das Landeszentrum bekam ich hinsichtlich der abrechnungstechnischen Fragen und einem hohen Maß an Fachwissen zu Kinder- und Jugendbeteiligung (Methoden, Projektmanagement, etc.)

I: Welche Angebote würden Sie sich noch wünschen?

E: Möglichkeiten und Unterstützung für Anschlussförderung

I: Welche Ziele verfolgen Sie in Ihrer Kommune in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung weiterhin? Wie könnte Sie das Landeszentrum zukünftig unterstützen?

E: Leider schlief die Arbeit mit den Jugendlichen nach Projektende immer weiter ein. Da keine weitere Finanzierung stattfand, konnte keine enge Begleitung mehr gewährleistet werden. Von Seiten der Kommune war die Bereitschaft zur Fortführung der Beteiligungsarbeit eher gering bzw. fehlte die entsprechende Eigeninitiative und die fachliche Kompetenz. Ich hätte mir mehr Nachhaltigkeit für die Jugendlichen und die Kommune gewünscht. Die Förderdauer von einem Jahr ist einfach zu kurz um nachhaltige Strukturen zu implementieren. Es ist der erste wichtige Schritt in die richtige Richtung aber die Kommunen brauchen eine kontinuierliche Begleitung, damit sie selbst in der Lage sind, dieser Aufgabe gerecht zu werden und sich nicht weiterhin auf „Dritte“ verlassen, die sich dieser Aufgabe annehmen.
Die zukünftige Unterstützung des Landeszentrums könnte demnach auch in Richtung politischer Einflussnahme gehen, um grundlegende Rahmenbedingungen für die Implementierung nachhaltiger Beteiligungsstrukturen in Kommunen herzustellen. Andererseits kann das Landeszentrum weiterhin mit dem bereits erlangten Erfahrungswissen, dem professionellem Know-How und aus dem Netzwerk heraus unterstützen.